

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, Einzelnummer 25 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6804

Verantwortlicher Schriftleiter: Frh. Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Röllstraße 16
Fernsprecher S.-A. 628 41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste
Schriftsätze ohne Freimarkschlag werden nicht zurückgeleitet

Der Raiffeisen-Skandal

Die Raiffeisenvereine sind ursprünglich, vor 60 bis 80 Jahren zu dem ausgesprochenen Zweck gegründet worden, den Mittelstand zu retten. Und zwar vornehmlich auf dem Lande, während in den Städten die Schulze-Dehtischen Genossenschaften sich derselben Aufgabe widmeten. Beide Organisationen waren Kinder der beginnenden großkapitalistischen Entwicklung, und zwar in dem Sinne, daß sie sich bemühten, deren Wirkungen auf die Kleinkapitalisten abzuwehren. Sobald sich der Grundsatz der Gewerbefreiheit in Deutschland durchgesetzt hatte, wurden die Kleinen, die Handwerker wie die mittleren Bauern, in immer stärkerer Maße von den Großen überflügelt und zugrunde gerichtet. Letztes Endes liegt das natürlich daran, daß der Große mehr Geld in Händen hat als der Kleine, so daß er billiger einkaufen, sich zweckentsprechender einrichten kann usw. Diese Tatsache kann schlechterdings niemand übersehen und daraus entspringt der Gedanke, die Kleinen zu retten, indem man ihnen ebenfalls mehr Geld zur Verfügung stellt. Und zwar sollen sie das durch Zusammenschluß, durch gegenseitige Hilfe selbst tun. Das ist der Gedanke, der all diesen Vereinen zugrunde liegt. Wie man sieht, ganz etwas anderes, als die Konsumvereine der Arbeiter. Die Schulze-Genossenschaften wie die Raiffeisenvereine wollen den Kleinunternehmern das nötige Betriebskapital beschaffen, um den Wettbewerb der Großen zu bestehen.

Der Warrist weiß, daß dies eine Utopie ist. Nicht in dem Sinne von etwas völlig Unerfüllbarem. Selbstverständlich ist es möglich, durch Zusammenschluß den mittleren Handwerksmeistern und Bauern allerlei Vorteile zuzuwenden und manchen von ihnen vor dem Untergang zu retten, namentlich solange der Großkapitalismus noch im Werden begriffen, also noch kein richtiger Großkapitalismus ist. Aber utopisch ist der Gedanke, man könne dadurch dauernd die Kleinen neben den Großen am Leben erhalten. In den allermeisten Fällen handelt es sich, insbesondere bei Raiffeisen, nur um Vorzuschüsse, um Darlehenslassen. Im Jahre 1928 gab es in Deutschland rund 22 300 Kreditgenossenschaften (darunter über 20 000 Darlehensstellen), aber nur 6000 Raiffeisenvereine. Das Wesen einer Darlehensstelle besteht darin, daß die Teilnehmer ihre Ersparnisse und Betriebsgelder, soweit sie sie im Augenblick nicht brauchen, dort zusammenlegen und von dort bei Bedarf Vorzuschüsse zu billigen Zinsen bekommen. Es ist klar, daß dies jahrzehntelang für viele von ihnen eine Wohltat sein kann. Aber wenn auch viele Wenig ein Viel machen, so kann doch unter den heutigen Verhältnissen selbst das größte Viel der Kleinen niemals dem einen ein Viel eines wirklich Großen gleichkommen. Der gesamte Generalverband der deutschen Raiffeisenvereine mit seinen 608 000 Mitgliedern hatte 1926 nicht mehr als 286 Millionen Mark fremde Gelder zu verwalten, eine Summe, die heute im Zeitalter der Konzerne und Trusts, wo Unternehmungen mit 50 und 60 Millionen Betriebskapital keine Seltenheit sind, wirklich nicht mehr auffallen kann.

Aber das ist noch nicht einmal das Entscheidende. Vielmehr haben die Kleinbürgerlichen Gründer der Raiffeisenvereine von vornherein nicht verstanden — und verstehen es wahrscheinlich heute noch nicht —, daß es nicht nur die Verfügung über mehr Geld ist, was den Großen das Übergewicht über die Kleinen gibt, sondern daß dazu auch gehört die einheitliche Verwaltung, der einheitliche Betrieb. Es ist etwas wesentlich anderes, ob 20 Millionen ein in dem Betrieb zur Verfügung stehen oder ob sie in 20 oder 50 oder 100 oder noch mehr Betrieben zerstückelt werden. Wo der Unterschied liegt, das brauche ich den Lesern der Metallarbeiter-Zeitung nicht auseinanderzusetzen. Hier erst, in der planmäßigen, einheitlichen Verwendung des Geldes steckt das Geheimnis der Überlegenheit des Großbetriebes. Das aber kann der Zusammenschluß der Kleinen in Schulze-Dehtischen oder Raiffeisenform niemals wettmachen, denn er will ja gerade die Selbstständigkeit der Kleinen erhalten.

Und dazu kommt nun noch ein drittes, was in unseren Tagen erst so recht sichtbar geworden ist. Die Ansammlung großer Geldmassen an einer Stelle, und sei es auch in einer Raiffeisenbank, führt aus innerer Notwendigkeit mindestens zu dem Versuch, sie großkapitalistisch zu verwenden. Nichts liegt mir ferner als den Schuldnern des jetzt aufgedeckten Skandals irgendwie das Wort zu reden, sie persönlich auch nur im mindesten zu entlasten. Vielleicht kann man annehmen, daß sie bei Beginn der großen Geschäfte sich auf ein Gebiet wagten, das sie nicht kannten. Aber daß sie dem Geschäftler Uralzew, offenbar nur auf seine kaiserlich-russische Offiziersuniform hin, gegen schwindelhafte „Sicherheiten“ mehr als 20 1/2 Millionen Mark gepumpt haben, daß sie der staatlichen Preußentasse 30 bis 40 Millionen Mark herauslockten, ohne ihr von dem Konto Uralzew etwas zu sagen, daß sie das „Vermögen“ der Bank mit alten Frachtpampfen, mit einer Wrenfabrik, einer Wollwäscherei und dergleichen belasteten — lauter Dinge, die mit der Pflege des landwirtschaftlichen Kredits für kleine und mittlere Bauern schlechterdings nichts zu tun haben — und daß sie dadurch im Laufe der Jahre den Verlust der Bank auf die phantastische Höhe von 80 Millionen Mark zu steigern suchten, dafür gibt es keine Entschuldigung. Allerdings steht daneben ganz ebenbürtig die Tatsache, daß die Leitung der Preußentasse auf den Schwindel so glatt hereingefallen ist. Es liegt sich wirklich schön, wenn die bürgerliche Presse jetzt erzählt:

„Als die Preußentasse (1926) zum ersten Male mit 30 Millionen einprang, hatte sie keine Ahnung von dem Konto Uralzew.“

Ja, wer leitet denn die Preußentasse, die eine staatliche Einrichtung ist? Sind das auch solche biedereren Landpomeranzen, wie man jetzt die deutschnationalen Leiter der Raiffeisenbank hinstellt, die nun auf einmal vom Bankwesen nichts verstanden

haben sollen? 30 Millionen Mark sind doch kein Pappenstiel. Ehe die Preußentasse eine solche Summe hergibt, war doch eine genaue Prüfung ihre verdamnte Pflicht und Schuldigkeit. Und dann hätte ihr das Konto Uralzew unmöglich verborgen bleiben können. Jeder kleine Bücherrevisor hätte es auf den ersten Blick entdeckt. Es ist sehr bezeichnend, wie die bürgerliche Presse mit einem leichten, kaum noch mißbilligenden Kopfnicken über diese schwere Verfehlung der Preußentasse hinweghüpft.

Dieser selbst Preußentasse aber soll jetzt gar noch die Abwicklung des Skandals anvertraut werden. Und außerdem ist sich alle Welt darüber einig, daß aus der Reichstasse mindestens 15, wahrscheinlich aber 25 Millionen Mark zur Deckung des Schadens genommen werden sollen. Das ist, wenn man's recht überlegt, vielleicht das tollste an dem Skandal. Am 30. April steht in den Zeitungen zu lesen:

„Gestern nachmittag beriet das Reichskabinett in gemeinsamer Sitzung mit dem preußischen Staatsministerium über die Lohnforderungen der Reichs- und Staatsarbeiter und den Lohnkonflikt bei Reichsbahn und Post.“

Wie nicht anders zu erwarten, haben sich beide Regierungen in Schmerzen geradezu gewunden, irgendwie ein paar Pfennige für die Arbeiter aufzutreiben, um wenigstens den Verkehrsstreit abzuwenden. Der Reichsfinanzminister, so heißt es weiter in dem Bericht, kann das Geld nur durch neue Steuern aufbringen. So steht es um die Finanzen des Reiches, wenn die Arbeiter ein paar Pfennige mehr kriegen sollen, obwohl sie selbst mit der Zulage noch tief unter dem Notdürftigsten stehen werden. (Die Reichsbahn zahlt gegenwärtig den Gelehrten knapp 50, den Ungelernten knapp 40 M die Woche, während das Notwendigste, laut amtlicher Berechnung, 55 bis 56 M kostet.) Aber wenn deutschnationale Mittelstandstreter 80 Millionen verpulvert haben, dann gibt die Reichstasse 25 Millionen her, ohne mit der Wimper zu zucken.

Wie gesagt, nichts liegt mir ferner, als den Skandal zu beschönigen. Jedoch, darüber braucht nicht vergessen zu werden, daß die Ansammlung mehrerer hundert Millionen Mark auf alle Fälle zu ihrer großkapitalistischen Verwendung drängte. Es hätte das auch ohne direkten Schwindel geschehen können.

Gewerkschaftsarbeit - Lebensverlängerung

Erst in neuerer Zeit wird der Bedeutung des lebenden Menschen mehr Beachtung geschenkt. Die Rücksichtnahme auf das höchste Gut der Wirtschaft wird durch den in allen Ländern zu beobachtenden Geburtenrückgang gefördert. Alle Veröffentlichungen der letzten Zeit zeigen, daß der Gesundheitszustand des deutschen Volkes sich anbauend verbessert. Die Lebensdauer der Menschheit wird immer weiter hinausgerückt. Dieser Vorgang wird schon seit 50 Jahren beobachtet. Doch niemals ist er so in Erscheinung getreten, wie in den Jahren nach dem Kriege. Alle Altersstufen vom Säugling bis zum Greis nehmen an der Verlängerung der Lebensdauer teil. So ist die Säuglingssterblichkeit sehr wesentlich zurückgegangen. Im Jahre 1918 starben im ersten Jahre nach der Geburt von 100 Lebendgeborenen 15,1, im Jahre 1927 dagegen nur 9,7. Diese günstige Entwicklung der Säuglingssterblichkeit und die, aus in späteren Altersstufen zu verzeichnende Besserung der Sterblichkeitsverhältnisse wird durch eine Tafel gekennzeichnet, die im Band 401 der Statistik des Deutschen Reiches kürzlich veröffentlicht wurde. Danach ist die voraussichtliche Lebensdauer der Neugeborenen:

Sterbetafel für die Jahre	beim männlichen Geschlecht		beim weiblichen Geschlecht	
	Jahre	Wahre	Jahre	Wahre
1871/1880	35,6	37,2	38,5	40,3
1881/1890	37,2	40,6	40,9	44,0
1891/1900	40,6	44,8	44,8	48,8
1901/1910	44,8	47,4	48,8	50,7
1911/1926	47,4	55,0	50,7	58,8

Wir sagen nicht zutiefst, wenn wir die Verlängerung des Lebens

auf die besseren Lebensverhältnisse, auf die bessere Gesundheitspflege usw. zurückführen. Die gewerkschaftliche Arbeit, die dem Arbeiter erst das Bewußtsein seiner Persönlichkeit gab und ihn aus dem dumpfen Dahindösen eines bloßen Arbeitstieres herausriß, kann für sich den größten Anteil an dieser Entwicklung in Anspruch nehmen. Gezeichnet wird dies besonders durch den Rückgang der Tuberkulose. Diese Proletarierkrankheit hatte ihre Ursache in den schlechten Arbeitsbedingungen, in den elenden Wohnverhältnissen und in der übermenschlich langen Arbeitszeit. Im Jahre 1918 betrug die Sterblichkeitszahl an Tuberkulose auf 10 000 Lebende 14,8 und im Jahre 1928 nur noch 10,8. Daraus, daß die älteren Jahrgänge immer deutlicher in Erscheinung treten, wird die Sozialversicherung immer stärker belastet. Einmal werden die Versicherungsfälle häufiger, da mehr Menschen das 65. Lebensjahr erreichen, zum andern leben aber die erwerbsunfähigen Kreise durchschnittlich ein Jahr länger als vor dem Kriege, so daß sämtliche Pensionen, Altersrenten u. dergl. heute durchschnittlich ein Jahr länger gezahlt werden müssen als früher. Das sollte bei Betrachtungen über die Sozialpolitik nicht vergessen werden. Beachtenswert mag noch sein, daß die Eheverhältnisse im allgemeinen länger leben als die Ledigen. Der Jungeweile muß im Durchschnitt fünf Jahre früher ins Gras beißen als der Verheiratete. Dies wird als ein Beweis der günstigen Wirkung der Ehe aufgefaßt. Die Statistik über die Lebensdauer der Menschheit beweist die günstige Wirkung, die das Streben nach Kultur, nach besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen, nach gesunden Wohnungen usw. im Gefolge hat. Die Gewerkschaften können diese günstigen Wirkungen auf ihr Konto buchen.

Wer verteuert uns das Leben?

Daß der Kapitalismus seit geraumer Zeit, nämlich seit dem Ausbruch des Weltkrieges sein Dasein durch Raubbau an der Arbeitskraft fristet, ist an dieser Stelle des öfteren dargelegt worden. (Die inneren Zusammenhänge zuletzt ausführlich in Nr. 9 der MZ vom 2. März 1929.) Unter Raubbau ist zu verstehen eine so weitgehende Ausbeutung, daß der Entgelt der Arbeitskraft nicht mehr ausreicht, um die tägliche Abnutzung auszugleichen. Ich glaube, bei den im Betriebe stehenden Arbeitern und Angestellten keinem Widerspruch zu begegnen, wenn ich behaupte, daß wir uns in einem solchen Zustand gegenwärtig bereits befinden. Es genügt, an das (in Nr. 13 erwähnte) Beispiel der AGG zu erinnern, wo wir ausgerechnet haben, daß dieses Riesenunternehmen seinen erwachsenen männlichen Arbeitern im Durchschnitt 2000 bis 2500 M jährlich zahlt. Das ist genau soviel, wie nach der amtlichen Statistik der allerärmsten Lebensunterhalt heutzutage kostet. Es ist aber oft nachgewiesen worden — nicht nur von uns, sondern auch von bürgerlicher Seite, zum Beispiel in der Vossischen Zeitung am 10. Februar d. J. —, daß man von dem, was die amtliche Statistik als „notwendigen Lebensunterhalt“ bezeichnet, tatsächlich nicht leben kann; das heißt die Unterhaltsmittel, die heutzutage für 2000 bis 2500 M im Jahre zu haben sind, reichen nicht aus, um die Arbeitskraft regelmäßig und in genügendem Maße wiederherzustellen. Dabei ist noch gar nicht in Betracht gezogen, daß die Rationalisierung (fliegendes Band usw.) die Anspannung, also auch die Abnutzung der Arbeitskraft erheblich vermehrt hat, so daß zu ihrer ständigen Erneuerung ein größerer Aufwand an Unterhaltsmitteln nötig wäre als früher. Auch nicht, daß die meisten Arbeiter in der Regel nicht alle 52 Wochen im Jahre volle Beschäftigung finden, mithin ihr wirkliches Einkommen noch unter jenen 2000 bis 2500 M steht.

Das sind Dinge, die jeder Arbeiter weiß, der im Betriebe steht, und sie rechtfertigen die Behauptung, daß der Kapitalismus gegenwärtig Raubbau an der Arbeitskraft treibt. Für das praktische Verhalten bei den Lohnkämpfen, in denen die Arbeiterkraft jetzt wieder mitten drin steht, dürfte es nützlich sein, sich über die Mittel und Wege klar zu werden, die das Kapital benutzt, um seinen Zweck: Niederhaltung des Konsums der Arbeiter und Angestellten zu erreichen. Direkte Lohnkürzung ist dabei in den letzten 18 Jahren verhältnismäßig wenig vorgekommen. Eine große Rolle spielte sie in den ersten beiden Kriegsjahren, etwa bis zum Sommer 1916. Damals besaß man die Schamlosigkeit, den deutschen Arbeitern einzureden, es sei ihre väterländische Pflicht, für geringeres Geld zu arbeiten. Vorteil davon hatte natürlich nicht das Vaterland, sondern nur

die Kapitalisten. Aber die Herren pflegten sich ja auch heute als „das Vaterland“ anzusehen. Indessen, die direkte Lohnkürzung, während gleichzeitig alle Preise lustig in die Höhe schossen, machte schließlich doch zu viel böses Blut bei den Arbeitern und reizte sie zum Widerstand. Man mußte damit aufhören. Da fing man die Sache an andern Ende an, man ließ den Geldbetrag der Löhne ungehört, man erhöhte ihn sogar, aber man verteuerte den Lebensunterhalt, so daß der Geldlohn entwertet wurde. Das ist der Weg, auf dem wir in die Inflation hineingesteuert sind: immer schnellere Verteuierung der Unterhaltsmittel und immer langsames Nachfolgen der Löhne. Selbst dies, daß die Löhne langsamer nachfolgten, wurde durch die Inflation verschleiert. Denn der Geldbetrag der Löhne wuchs natürlich ebenfalls immer schneller, in die Milliarden und Billionen hinein, so daß es für die meisten Arbeiter sehr lange gedauert hat, bis sie endlich merkten, daß sie in Wahrheit immer weniger bekamen. Wie es eigentlich zugegangen ist, das durchschauen verumtlich selbst heute noch nur sehr wenige deutsche Proletarier.

Leider muß es gesagt werden, daß jenes tolle Spiel nicht durch die Erkenntnis und den Widerstand der deutschen Arbeiterklasse beendet worden ist, sondern weil das Kapital durch die rasende Geschwindigkeit der Geldentwertung schließlich selbst in

Aus dem Inhalt

	Seite
Der Raiffeisen-Skandal — Gewerkschaftsarbeit — Lebensverlängerung — Wer verteuert uns das Leben	145
Vater Staat als Bankier — Metallindustrie gegen den 1. Mai	146
Die Metallspritztechnik — Schwenkbare Bohrvorrichtung	147
Die Grösse der Familie — Sozialismus in der Kinderstube — „Es steckt aber doch in jedem drin“	148
Der giftige Tod — In der Giesserei — Bildungsarbeit der Bewegung und Selbstbildung	149
Von der Rohrlegerbranche in Berlin	150
Mehr Tatkraft gegen den Krieg — Gute Kunde aus der Schweiz — Bettelartige Altersunterstützung in der Tschechoslowakei	151

Bedrängnis geriet. Auch das Geld, das den Mehrwert darstellte, zerrann den Profitschludern unter den Händen. Deshalb mußte Schluß gemacht werden. 1924 wurde die Mark „stabilisiert“ und seitdem — Nun, wir wollen die Tatsachen sprechen lassen. Was sie lehren, ist von ungemeiner Wichtigkeit für die im Gange befindlichen Lohnkämpfe.

Wir dürfen es jetzt wohl als allgemein bekannt voraussetzen, daß die Preise des Lebensunterhalts seit 1924 wieder lustig wachsen. Das kann bei aller seiner Schönfärberei sogar der amtliche Index nicht verhehlen. Nach seiner Angabe kostete der notwendige Lebensunterhalt (oder das, was er so nennt) im Durchschnitt:

1924	28 1/2	mehr als vor dem Kriege
1925	40	
1926	41	
1927	48	
1928	52	
Januar/März 1929	55	

Eine ununterbrochene Verteuerung, deren Ausmaß in den ganzen fünf Jahren fast einer Verdoppelung gleichkommt (das heißt nicht die Preise sind seit 1924 verdoppelt, sondern das Verhältnis, worin sie teurer sind als vor dem Kriege).

Wo kommt nun diese doch wahrhaftig nicht mehr unbeachtliche Verteuerung her? Wodurch ist sie verursacht? Wer verteuert uns das Leben?

Selbstverständlich wird jeder zunächst ohne weiteres annehmen, daß die starke Verteuerung aller der Waren, die wir im Laden oder auf dem Wochenmarkt kaufen, hervorgerufen ist durch eine entsprechende Verteuerung der Produktion. Das zweite Wort der Unternehmer ist ja: ihre Herstellungskosten seien gestiegen, deshalb müßten sie auch ihre Verkaufspreise erhöhen. Und mit den Herstellungskosten meinen sie die Arbeitslöhne. Das würde dann folgendermaßen vor sich gehen: steigende Herstellungskosten verteuern die Fabrikation; folglich steigert der fabrizierende Unternehmer seine Verkaufspreise, das sind die Großhandelspreise, und dem müssen sich zuletzt die Preise im Kleinhandel anpassen.

Aber nun kommt die Überraschung. Für den Großhandel gibt die amtliche Statistik folgenden Index an: die Preise im Großhandel standen

1924	37 1/2	über den Vorkriegspreisen
1925	42	
1926	34	
1927	38	
1928	40	
Januar/März 1929	39	

Sie sind in diesen fünf Jahren nur ganz wenig oder auch gar nicht gestiegen! Ja, da all solche Berechnungen natürlich nicht ganz genau sein können, so darf man sagen, ein Unterschied zwischen 37 und 39 hat gar nichts zu bedeuten; soweit sich aus der Statistik ersehen läßt, haben sich die Großhandelspreise seit 1924 überhaupt nicht verändert. Verteuerung herrscht nur im Kleinhandel, aber nicht im Großhandel; verteuert ist nur der Lebensunterhalt.

Damit ist klar erwiesen, daß der Zweck der Verteuerung ausschließlich ist, den Arbeitslohn zu entwerten, die Lebenshaltung der arbeitenden Massen herabzubringen, um den Anteil des Kapitals zu vergrößern. Was uns das Leben verteuert, das ist ausschließlich das Bedürfnis des Kapitals nach Vergrößerung seines Profits.

Metallindustrielle gegen den 1. Mai

Das Reichsgericht kommt den Arbeitnehmern zu Hilfe

Mit welcher Rücksichtslosigkeit die Unternehmer gegen die Arbeiter vorgehen, die zum 1. Mai feiern, zeigt eine Verhandlung vor dem Reichsgericht. Schon seit Monaten führt der Schlosser B. in Egge bei Wollmarstein Klage gegen die Firma Stahlwerk Behmighaus in Egge. Der Kläger wurde am 9. Juni 1928 von der Behörde entlassen. Der Kläger hatte mit mehreren Arbeitern durch Einreichung einer gemeinsamen Bitte für den 1. Mai um Urlaub gebittet. Die Behörde hat den Urlaubsanspruch des Klägers abgelehnt. Diese Ablehnung ist dem Kläger auch bekanntgegeben worden. Jedoch ließ sich der Kläger nicht abhalten, sich an der Maifeier zu beteiligen. Der Kläger macht geltend, daß sein Fortbleiben von der Arbeit als entschuldigend anzusehen sei, eine Anrechnung gemäß § 16 Ziffer 12 des Lohnvertrags sei deshalb nicht statthaft.

Die Behörde dagegen erklärt, daß sie die Gewährung des Urlaubs aus dem Grunde abgelehnt habe, weil viele Arbeiter im Betriebe nachgehört hätten und es deshalb an Betriebsstörung gewesen wäre. Die Urlaubsentziehung des Klägers für den 1. Mai habe sie deshalb ablehnen müssen. Dagegen richtet sich die Klage des Klägers.

Das Reichsgericht sowie auch das Landesarbeitsgericht in Hagen hat die Klage abgelehnt. Das Gericht vertritt den Unternehmerstandpunkt: Es befindet keine gesetzliche und tatsächliche Verpflichtung, die für den 1. Mai eine besondere Regelung trifft. Am 1. Mai zu feiern, mag den 1. Mai rechtlich noch nicht an einem Feiertag. Es kann insofern nicht bleiben, als die Behörde aus juristischen oder anderen Gründen die Erteilung des Urlaubs verweigert habe. Der Kläger habe geltend gemacht, daß ihm am 1. Mai kein Urlaub gewährt wurde, trotzdem sei er ferngeblieben. Die Klageausprüche müssen deshalb abgelehnt werden.

Um in dieser Frage eine für die gesamte Arbeiterschaft wichtige Entscheidung herbeizuführen, beschloß der Kläger den Revisionsweg. Das Reichsgericht kam hier den Arbeitnehmern zu Hilfe und wies die Revision als unbegründet zurück. Der Kläger sei ohne Erlaubnis der Behörde der Arbeit am 1. Mai ferngeblieben und habe deshalb keinen Anspruch auf Urlaubsentziehung.

Wichtige Wendung durch . . .

Am 18. April begannen die Verhandlungen für den Ruhrbergbau und sie endeten nachmittags am 22. April durch ein Einigungsergebnis, wodurch die bestehenden Löhne um 2 1/2 erhöht wurden. Der Schlichter wurde mit den Stimmen der Beschwerdeten gegen die Stimmen der Arbeitgeber gefaßt. Unverkennbar handelt es sich um einen großen Erfolg. Auch da magte im April der Kampf um eine Lohnsteigerung. Derselbe jährliche Bergwerkslohn des Einzelnen nach: . . . eine Lohnsteigerung von 4 1/2 bis abgelehnt werden, weil sie unzulässig ist. Mindestens 50- bis 60.000 Bergarbeiter würden davon abgelenkt werden. . . nur die Arbeiter sind die „Anker“. Dieser Lohnsteigerung. Auch eine Lohnsteigerung ist nicht zu erwarten. Ein weiterer Schritt auf dem Wege zum notwendigen Lohn.

Bei den beschriebenen Verhandlungen hätten die Unternehmer natürlich in das gleiche Horn geblasen. Der Beschwerdeten hat im Jahre 1928 mehr als 4 1/2 Lohnsteigerung auf sich nehmen müssen, es wurden keine 50- bis 60.000 Arbeiter entlassen. Wohl aber ließ man heute in allen Geschäftsbereichen den bestehenden Lohnsteigerungen und den Dividendensteigerungen. Bei den beschriebenen Verhandlungen wogten die Unternehmer gar nicht mehr, den Beschwerdeten zu weichen. Sie kämpften leidenschaftlich um ihr Recht, daß ihrer Ansicht nach die Löhne noch lange nicht hoch genug sei. Und trotz aller Klagen brachten sie es zumeist her, sogar für einen Schlichter zu kommen, der wieder eine Lohnsteigerung

Vater Staat als Bankier

Der Griff der Reichen in die Tasche der Steuerzahler

Von Julius Fries

Jeder Mensch in Deutschland, der mehr als 1300 M jährlich verdient, wird zum Steuerzahler herangezogen. Von der weiteren Belastung durch drückende Verbrauchssteuern, die der ärmste Arbeiter bei jeder Tüte Salz und Zucker bezahlen muß, wollen wir hier absehen. Jedenfalls kommen aus den Steuergrößen der Arbeiter und Angestellten allein durch den Lohnabzug im Jahre rund 1400 Millionen Mark zusammen. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten in Deutschland sind nicht nur die ehrlichsten, sondern auch die willigsten Steuerzahler. Um so mehr haben sie ein Anrecht zu wissen, was mit ihren Steuergrößen geschieht.

Der jetzt zur Beratung stehende Reichshaushalt für 1929, zwei umfangreiche Bände von zusammen etwa 800 Seiten, ist der großen Masse ein Buch mit sieben Siegeln; denn wer sich dieses umfangreiche Zahlenwerk zum Studium anschaffen wollte, hätte nicht weniger als 48 M zu blechen. Die Tagespresse ist wegen des Umfangs des Stoffgebietes selbstverständlich nur in der Lage, jeweils zu einzelnen Kapiteln des Haushalts Stellung zu nehmen. Auch wir wollen uns heute einen Abschnitt heraussgreifen, der für die Arbeiterschaft von besonderer Bedeutung ist.

Reichsfinanzminister Hilferding hat bei der Vorlage des Reichshaushalts für 1929 völlig mit der bisherigen Geheimnisträuerei Schluß gemacht. Neben den erwähnten zwei Bänden des eigentlichen Haushalts wird jetzt vom Reichsfinanzministerium ein mehr als 200 Seiten umfassender finanzieller Überblick über den Haushalt herausgegeben, der es möglich macht, in die Geheimnisse dieses riesigen Zahlenwerks hineinzugucken. Schon wiederholt haben wir in diesen Spalten darauf hingewiesen, daß einzelnen Industrieunternehmen vom Reiche große Kredite zur Verfügung gestellt werden. Es sei nur an die 15 Millionenanzuwendung für Krupp und an die 36 Millionen Mark erinnert, die den Oberschlesischen Güttnerwerken von der Bank des Preussischen Staates zugesprochen sind. Trotzdem hat bekanntlich das Spitzenunternehmen dieser letztgenannten Gesellschaft, die Mitteldeutsche Stahlwerke AG, wie so viele andere Industrieunternehmen in ihrem letzten Geschäftsbericht gegen die staatliche Wirtschaftspolitik gewettert. Aus dem Überblick, der dem diesjährigen Reichshaushalt beigegeben ist, können wir ersehen, welchen Umfang diese staatlichen Kredite und Bürgschaften in den letzten Jahren angenommen haben.

In den früheren Haushaltsgesetzen ließen die Finanzminister des Reiches sich ständig die Ermächtigung geben, Kredite zu gewähren und Bürgschaften zu übernehmen, wozu nur die Zustimmung des Haushaltsausschusses erforderlich war, die oben drein fast immer in geheimer Sitzung erfolgte. Reichsfinanzminister Hilferding hat auf diese Ermächtigung verzichtet, so daß jetzt die Bewilligung von Krediten und die Übernahme von Bürgschaften nur in den Vollzügen des Reichstages, also in aller Öffentlichkeit erfolgen kann. Um so heftiger ist die Feststellung, daß in dem verflochtenen Zeitabschnitt der Geheimnisträuerei nach dem Stande vom 1. Juli 1928 vom Reiche nicht weniger als 1158 Millionen Mark Darlehen gegeben worden sind. Man vergleiche damit das oben erwähnte Lohnsteuereinkommen eines Jahres. Die Erläuterung zum diesjährigen Reichshaushalt bezeichnet diese Kredite als eine nicht unbeträchtliche — Reserve für künftige Jahre, macht aber die einschränkende und bezeichnende Bemerkung, daß die Rückzahlungen sich in den meisten Fällen über eine sehr lange Reihe von Jahren erstrecken und sagt weiter, daß nach Zweck und Art der Kreditgewährung es nicht völlig sicher ist, daß Zinsen und Rückzahlungen tatsächlich zu den in Aussicht genommenen Zeitpunkten eingehen.

Im einzelnen handelt es sich bei den gewährten Krediten um folgende Gruppen:

Die Landwirtschaft hat insgesamt 107 Millionen Mark Kredite erhalten, die zur Förderung der Fischerei, zur Milderung der Notlage der Winzer, zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion, zur Befestigung des Roggenpreises und zur Erschließung von Brachland gegeben worden sind. Die Rückzahlung soll bis zum Jahre 1941 erfolgen.

An einzelnen größeren Industrieunternehmen, von denen namentlich genannt werden: Rheinmetall, Kögling und die schon erwähnten Oberschlesischen Güttnerwerke, sowie zur wirtschaftlichen Förderung der südlichen Provinzen Preußens sind insgesamt 53 Millionen Mark Kredite gegeben worden, deren Rückzahlung sich zum Teil bis zum Jahre 1958 (!) erstreckt.

Zur Förderung der Binnen- und Luftschifffahrt und zur Verringerung der Arbeitslosigkeit auf den Werften sind 49 Millionen Mark Kredite gegeben worden, die bis 1947 zurückgezahlt werden sollen. Zur Förderung der deutschen Luftschifffahrt sind an verbriefte Flugzeugwerke ufm. Kredite im Gesamtbetrag von 9 Millionen Mark gegeben. Daneben sind aber an offenen Ausgaben für die Luftfahrt nicht weniger als 54,6 Millionen Mark vorgesehen gewesen, von denen der Reichstag mit Recht fast die Hälfte, nämlich 26,3 Millionen Mark gestrichen wissen will. — Im Wege der werkspezifischen Arbeitslosenfürsorge und als Darlehen an die Deutsche Reichsbahn sind insgesamt 330 Millionen Mark Kredite gegeben worden. — Zur Förderung des Kleinwohnungsbaues, für landwirtschaftliche Erbauungen, für Flüchtlingswohnungen und für sonstige Wohnungs- und Erziehungszwecke sind insgesamt 373 Millionen Mark Kredite gewährt worden. — Für Bauten und zur Behebung von Notständen im besetzten Gebiete sind 71 Millionen Mark gegeben.

Außer diesen eigentlichen Krediten aber hat das Reich noch eine große Zahl von Bürgschaften übernommen, die nach dem erwähnten finanziellen Überblick zum Reichshaushalt nach dem Stande vom 1. Oktober 1928 nicht weniger als 1189 Millionen Mark betragen. Auch hier vergleiche man das eingangs erwähnte Lohnsteuereinkommen eines Jahres. Hier ist es zunächst wieder die Landwirtschaft, für die das Reich folgende Bürgschaften übernommen hat: Für Landtraktoren 21 Millionen, für die Flachswirtschaft 7,5 Millionen, für Düngemittel 33,5 Millionen, für Winzer 30 Millionen, für Milch- und Viehfrankenschulden 1 Million und für Viehverwertungs-gesellschaften 22 Millionen, insgesamt 115 Millionen Mark. — Für Handel und Gewerbe sind ohne die 400 Millionen Dividendenanleihe für die Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahn, die aller Voraussicht nach kaum jemals in Anspruch genommen werden dürfte, insgesamt 300,5 Millionen Mark Bürgschaften übernommen, und zwar für Russenkreidite 138,5 Millionen, für Exportkreditversicherungen 65 Millionen, für sonstige Exportförderungen 67 Millionen und für Industrieunternehmungen (Mannesmann, Vulkan, Schichau, Niederschlesischer Bergbau) sind 30 Millionen Mark Bürgschaften übernommen worden. Die Schifffahrt erforderte 68,5 Millionen, Wohnungs- und Erziehungszwecke 295 Millionen und die besetzten Gebiete 8 Millionen Mark, wovon Gemeinden mit Heilbädern 2,5 Millionen, Landwirtschaft und Gewerbe 5,5 Millionen Mark zugute kommen.

Die Erläuterung des Reichsfinanzministeriums glaubt, obgleich ein großer Teil der verbürgten Forderungen noch nicht fällig ist, schon heute sagen zu können, daß am risikoreichsten die Bürgschaften für die einzelnen Industrieunternehmen gegebenen Kredite, also für die sogenannten Subventionenkredite sind und daß ferner erhebliche Verluste in allen Fällen befürchtet werden müssen, in denen Hilfsmassnahmen für Berufszweige anstatt in Form von verlorenen Zuschüssen oder von Reichskrediten in die Form einer Reichsbürgschaft gekleidet werden. Dies habe die große Gefahr, daß der Entschluß zu einer solchen Maßnahme, die den gerade zur Beratung stehenden Haushalt nicht belastet, allzu leicht gefaßt wird und daß einem späteren Haushaltsjahr eine Last aufgebürdet wird, die dieses spätere Jahr möglicherweise nicht tragen kann. Im Haushalt für 1927 war erstmals eine Rücklage von 15 Millionen Mark zur Deckung von Ausfällen eingestellt worden. 1928 wurde für diesen Zweck eine Rücklage von 12 Millionen Mark eingestellt. 1929 soll die Rücklage 13 Millionen Mark betragen. Dieser Rücklagefonds ist aber bereits durch die bisherige Inanspruchnahme, insbesondere durch die 30 Millionen Winzerkredite völlig erschöpft. Durch die Mannesmann-, Schichauwerk- und Vulkanwerk-Bürgschaften ist das Reich schon mit mehr als 10 Millionen Mark in Anspruch genommen.

Aus den Ausfallbürgschaften, die das Reich zusammen mit den Ländern bei der Finanzierung deutscher Industrieaufträge für Ausland übernommen hat, sind bisher Verluste nicht eingetreten. Anders liegt der Fall bei solchen Krediten, die von vornherein als unwiederbringlich verloren gelten müssen. Dabei ist in erster Linie an die bekannte 700 Millionen-Subvention zu denken, die den Ruhrindustriellen unter Verletzung des Statuts des Reichstages zugesprochen sind. Bekanntlich durften die Ruhrindustriellen trotz der nach dem Ausschussbericht festgestellten erheblichen Überzahlungen, die nach einem sozialdemokratischen Antrag zur Entschädigung der Angehörigen des Mittelstandes und solcher Arbeiter und Angestellten verwendet werden sollten, die gar nicht oder zu gering entschädigt wurden, auf Beschluß des verflochtenen Bürgerblock-Reichstages diese Überzahlungen behalten. In der damaligen Auseinandersetzung wurde festgestellt, daß die Familie Ginnens aus dem Ruhrrevier 33 Millionen, Lödner 17 Millionen, Mannesmann 19 Millionen, Höhn 18 Millionen, Rheinische Stahlwerke 20 Millionen, Thyssen 34 Millionen, Krupp 15 Millionen Mark erhalten haben.

Selbstverständlich finden sich neben diesen Krediten und Bürgschaften unter den ordentlichen Ausgaben des Reichshaushalts noch zahlreiche Posten, die ebenfalls als Zuschüsse für einzelne Industrieunternehmen anzusehen sind. Erwähnt seien in diesem Zusammenhang auch die Frachtsubventionen, die Zuwendungen an Kraftfahrzeug- und Luftfahrtindustrie in Form von Zuschüssen für wissenschaftliche Anstalten usw., auch der Ruhrbergbau, die große Automobilrennstrecke, hat große Reichszuschüsse erhalten. In frischer Erinnerung ist die Ablehnung des von der Lokomotivindustrie geforderten 50 Millionen Kredites, zu dessen Erlangung sich die Lokomotivfabriken von Genf, Paris, Vortig, Schwarzkopf und Waffel eigens zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen hatten. Die Ablehnung erfolgte hier wohl in der Hauptsache, um nicht einen Ansturm solcher Wünsche von zahlreichen anderen Industrien heraufzubeschwören.

Wir sehen, daß die lautesten Rufe im Streit gegen die Tätigkeit der öffentlichen Hand sich nicht scheuen, die Hilfe des Staates, den Geldbeutel der Steuerzahler in Anspruch zu nehmen. Gehen dank des Griffes in die Staatskasse die Geschäfte gut, dann wettet man gegen die hohen Steuern und gegen den Wettbewerb der öffentlich-rechtlichen Betriebe.

Das erste Mal seit langen Jahren, daß die Beschwerdeten überhaupt für eine Lohnsteigerung zu haben waren. Sie konnten die Beweiskraft der Arbeitervereine nicht entkräften.

Stehen die deutschen Millionäre aus?

Ein amtliches Verzeichnis über die „Stabilität der Vermögensverhältnisse“ zeigt, was vor dem Kriege das Ergebnis ist einigermaßen überraschend. Vor dem Kriege waren Vermögen von insgesamt 157,1 Milliarden Mark mehrheitlich in Händen. Heute soll das deutsche Gesamtvermögen trotz der gesunkenen Kaufkraft des Geldes nur 97,3 Milliarden Mark betragen. Die Zahl der in Deutschland lebenden Millionäre soll von 1547 auf 235 zurückgegangen sein. Vor dem Kriege gab es 220 Deutsche mit mehr als 10 Millionen Mark Vermögen, jetzt dagegen nur 32. Die meisten Millionäre, 200, wohnen in Berlin, dann folgt Hamburg mit 112, Leipzig mit 55, Frankfurt a. M. und Köln mit je 48, München mit 42, Dresden mit 39, Düsseldorf mit 35, Stuttgart mit 26, Bremen und Chemnitz mit 21, Hannover mit 19, Essen mit 13, Breslau mit 12, Kassel und Wiesbaden mit je 10 Millionen. Nach den Untersuchungen des

Statistischen Reichsamts ist also die Zahl der deutschen Millionäre sehr zusammengeschmolzen. Nun muß man bedenken, daß die den Finanzämtern und Steuerbehörden gegebenen Unterlagen sehr stark fiktiv sind. Nicht zu verlernen ist allerdings, daß die großen Einkommen sich heute auf eine breitere Schicht der Bevölkerung verteilen. Die Herren Direktoren und Generaldirektoren, auch Schachspieler und Filmstars verdienen nicht geringe Summen. Das Einkommen vieler Menschen ist jetzt wesentlich höher als früher. Die Schicht der Besitzenden hat sich vergrößert. Die Zahl der Überreichen hat abgenommen, aber die der vermögenden Leute mit hohem Einkommen dürfte zugenommen haben.

Zuwachs der Spareinlagen im Jahre 1928

Bei den deutschen Sparkassen belief sich der Stand der Spareinlagen Ende 1928 auf 6988 Mill. RM. Da der Einlagenbestand Ende 1927 rund 4698 Mill. RM. betrug, so ist im verflochtenen Jahre ein Zugang der Spareinlagen von 2290 Mill. RM. zu verzeichnen. Das ist der höchste Zuwachs seit der Währungsstabilisierung. Damit ist der Spareinlagenbestand von Ende 1918 mit 38,2 1/2 erreicht.



Technik und Werkstoff



Die Metallspritztechnik

Die Metallspritztechnik findet überall dort Anwendung, wo die Metallisierung durch die Galvanisierung oder sonstiger Schmelzverfahren infolge der Größe der Gegenstände Schwierigkeiten macht. Besonders wertvoll wird die Spritzmetallisierung dadurch, daß die Gegenstände mit jedem gewünschten Niederschlag, wie mit Zinn, Zinn, Blei u. a. versehen werden können und findet diese für große Eisenkonstruktionen, für chemische Apparaturen und Einrichtungen, Schiffarmaturen u. a. große Verwendung. So kommt es, daß man von der Spritzmetallisierung neuerdings sehr starken Gebrauch und sich seine Vorzüge zunutze macht.

Die ersten Versuche, durch Verstäuben flüssigen Metalls auf irgend eine Oberfläche Metallüberzüge zu erzielen, liegen etwa 18 Jahre zurück. Nach langjährigen Versuchen und Verbesserungen der ersten Idee gelang es Dr. W. U. Schoop, Zürich, die Metallspritztechnik mit der Metallisatorpistole auf ihren heutigen, jedem Praktiker bekannten hohen Stand zu bringen. Man kann nach diesem Verfahren beliebige Oberflächen mit sehr gleichmäßigen Überzügen aus fast jedem Metall oder jeder Legierung versehen. Die Metallisierung wird mit der Spritzpistole ausgeführt, in der das aufzuspritzende Metall in Drahtform in einer heißen Flamme zum Schmelzen gebracht, dieses durch eine Düse zerstäubt wird. Der Durchzug des Metalldrahtes in der Pistole erfolgt durch eine Turbine und Käderwerk, die durch Preßluft angetrieben werden. Zum Heizen dient Knallgas (Wasserstoff-Sauerstoff) oder Acetylen- oder Propan-Gas, das mindestens 4000 Wärmeeinheiten entwickelt. Das geschmolzene Metall wird durch die Preßluft auf das Werkstück geschleudert. Die Regulierung der Knallgasflamme erfolgt durch die Ventile an den Gasflaschen. Die Ausführung der Spritzmetallisierung ist eine rein mechanische und kann somit von ungelerten Kräften nach kurzer Anweisung ausgeführt werden.

Bis vor kurzem machte die Metallisierung mit Blei noch große Schwierigkeiten. Es zählt zu jenen wenigen Metallen, die sich am schwierigsten in dichter Form mit den normalen physikalischen Eigenschaften als Metallüberzüge auftragen lassen. Auch diese Lösung wurde von Schoop gefunden und zeigte, daß die Erzielung dichter Bleischichten durch die drei Arbeitsphasen: Schmelzen, Zerteilen und Aufschleudern nur durch Ausschluß von atmosphärischer Luft oder Sauerstoff zwischen Flamme und Verbrennungsprodukt erfolgen kann. Weitere Versuche zeigten, daß das Ziel zu erreichen ist, wenn man anstatt der üblichen Flamme hochherhitze, indifferente oder reduzierend wirkende Gase zur Anwendung bringt. Die Zuhilfenahme des elektrischen Stromes als Heizkraft erwies sich als unzutreffend, weil der in der Pistole zur Verfügung stehende Raum zu klein ist. Nach vielen Versuchen wurde endlich eine betriebssichere und zufriedenstellende Apparatur gefunden.

Als indifferentes Gas hat sich am besten das Kohlendioxyd bewährt, das gezwungen wird, durch einen von außen mit Stichflammen erhitzten Glühkopf einen langen, spiralförmigen Weg zu machen, so daß es aus der Düsenmündung mit einer Temperatur von 350 bis 400 Grad Celsius austritt, die erforderlichfalls auch auf 800 bis 900 Grad gesteigert werden kann. Der 3 mm starke Bleidraht wird mittels Turbine und Käderwerk, genau so wie bei den gewöhnlichen Pistolen, mit einer Geschwindigkeit von 3,5 m die Minute in die Flammezone gebracht. Als Antriebsmittel für die Turbine dient das Kohlendioxyd, das mit 2 Atmosphären Druck aus einer Stahlflasche entnommen wird und an Stelle von Preßluft wie bei den gewöhnlichen Pistolen angewandt wird. Die neue Homogenpistole hat ein handliches Gewicht von 1,2 kg, der Verbrauch an Kohlendioxyd beträgt stündlich 600 Liter, der Nutzeffekt ist 92 %. Durch den Austritt des Kohlendioxyds mit dem zerstäubten Bleimetall wird der Metallteilchen keine Gelegenheit geboten, sich mit dem Sauerstoff, der Luft oder sonstigen Gasverbrennungsprodukten zu verbinden. Man könnte wohl eine Zerlegung des Kohlendioxyds befürchten, jedoch wurde bei der

Schoopschen Versuchsreihe mit Zinn und Blei kein Zerfall festgestellt.

Zum Gelingen eines guten Bleiniederschlags spielt die Temperatur des Kohlendioxyds eine große Rolle. Ist diese zu hoch, so wird das Blei zu dünnflüssig und spritzt beim Aufschlagen auf die Metalloberfläche auseinander.

Die so erhaltene homogene Spritzverbleiung entspricht den Anforderungen der Technik und hat gezeigt, daß durch die Einwirkung in kalter und kochender Schwefelsäure von 60 Grad C die homogene Bleischicht von Probestücken praktisch nicht angegriffen wird. So wurden zum Beispiel Probestücke 14 Tage in der Säure und 20 bis 40 Stunden bei 150 bis 160 Grad Celsius mit obiger Säure behandelt; alsdann wurden sie nochmals 24 Stunden einer heißen, verdünnten Schwefelsäure von 18 Grad C ausgesetzt, ohne einen merklichen Angriff der Säure zu zeigen. Somit ist das neue Schoopsche Bleispritzverfahren imstande, Eisen in weitgehendstem Maße gegen die Einwirkung der Schwefelsäure zu schützen. Die Haftstärke der neuen Bleiüberzüge ist hervorragend und beträgt die Dichte für homogen gespritztes und hernach gehämmertes Blei etwa 11,35, die der gegossenen Bleis sehr nahe kommt. Ferner wird bei der Herstellung von Bleiüberzügen keinerlei Bleistaub oder Dampf entwickelt, der die Gesundheit des Arbeiters beeinflusst.

Bekanntlich entwickelt die Knallgasflamme eine Temperatur von etwa 2500 Grad, woraus sich ergibt, daß die meisten für die Konstruktion des Glühkopfes in Betracht kommenden Metalle in kürzester Zeit unbrauchbar werden. Durch die Anwendung des Kalorifizierungsverfahrens (Schweiß, Patent 71 195) wird die rasche Zerstörung des Glühkopfes durch die Knallgasflammen vermieden. Dieses Verfahren besteht im wesentlichen darin, daß Flußeisen oder Stahl mit einem starken Spritzüberzug von Aluminium versehen und hierauf 2 bis 3 Stunden in einer reduzierenden Atmosphäre auf 900 Grad Celsius erhitzt wird. Dabei dringt das Aluminium in die Eisenoberfläche ein, wobei sich eine sehr hitzebeständige und harte Legierung bildet, während der Aluminiumrest in Aluminiumhydroxyd übergeht. Es wäre jedenfalls sehr schwierig, ein anderes, ebenso geeignetes Material für den Glühkopf der Pistole zu finden. Nach diesem patentierten Verfahren werden metallisierte Feuerlöcher, Kofstabe, Eisenisen, Härte- und Einschlüssen usw. für die Feuerungstechnik hergestellt und es hat sich durch Versuch gezeigt, daß die Lebensdauer der Gegenstände durch die innige Schutzschicht fast um das Fünffache erhöht wird.

Neuerdings findet die Spritzmetallisierung auch Anwendung für Baumaterialien. Es ist Schoop gelungen, Zementplatten, Betonröhren, Mauerwerk usw. durch die homogene Verbleiung undurchlässig und wetterbeständig zu machen. Die Metallteilchen füllen die Unebenheiten und Poren der Oberfläche aus und wird durch diese aufgeschweißte Metallschicht eine dauerhafte und sichere Abdichtung erreicht. Die Praxis hat gezeigt, daß Bleischichten auf Baukörpern bis zu 5 mm Stärke noch dehnbar sind und daß durch das Verfahren keinerlei Beeinflussung auf Zement oder Stahl zu befürchten ist. Die Untersuchung von homogen verbleiten Zementplatten auf ihre Wasserdurchlässigkeit durch das technisch-chemische Laboratorium der Eidgenössischen technischen Hochschule in Zürich hat ergeben, daß ein Durchsickeren von Wasser nicht wahrgenommen wurde. Es wird berichtet, daß die homogene Verbleiung von 1 Quadratmeter Betondach oder Mauerwerk nur 15 Minuten erfordert. Bei dieser Ausführung wird die Homogenpistole mit Preßluft und Sauerstoffgas betrieben, das aus der Schweißtechnik genügend bekannt ist.

Weitere Anwendungen findet die Spritzmetallisierung in der Elektrotechnik zum Ansprühen von Metallkontakten an Kohlenbürsten, Elektrodenrohren und andern. Durch die Spritzmetallisierung ist somit in der Veredlung und der Erhaltung der Grundstoffe ein guter Schritt vorwärts gemacht worden. R. Sch.

wechselfs der Arbeitsstücke erforderliche Gewichtsausgleich wird durch einen Hebelgriff betätigt.

Wenn die zwei oberen, zugleich gehörten Löcher fertig sind, wird der Indexstift Q herausgezogen und das gesamte Innere — das ist Arbeitsstück mit Paßbolzen, Bohrplatten usw. — umgeschwenkt,

wobei die bisherige untere Seite nach oben kommt, der Indexstift nun in Loch II steckt und in dieser Stellung weitergebohrt wird. Es fallen somit ein nochmaliges Ein- und Auslegen völlig fort. Nachdem nun die zweite Seite gebohrt ist, werden die oberen Schrauben N (beim nächsten Stück O) gelöst und die nicht schwere Bohrplatte mit an jeder Seite bei A befindlichen Handgriffen abgehoben, dann das nächste Stück eingelegt und so fort. Das Einlegen kann alle von jeder Seite erfolgen und die Bohrplatten dienen gleichzeitig zur alleinigen Befestigung.

Schnitt B-C

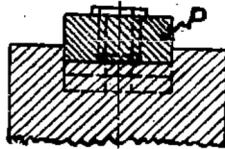


Abb. 3

Neuzeitliche Bearbeitung von Kurbelwellen

(Nachdruck verboten.)

Die Bearbeitung von Kurbelwellen erfolgt mit Ausnahme von einigen Sonderarten derart, daß entweder feststehende Kurbelwellen durch rotierende Messer bearbeitet werden, was also etwa dem Fräsen entspricht, oder daß sich die Kurbelwelle dreht und die Messer feststehen. Beide Verfahren haben ihre Vor- und Nachteile, jedenfalls konnten sie aber bisher sehr gut nebeneinander bestehen. Für schwere Wellen, wie sie zum Beispiel bei Gas- und Dieselmotoren benötigt werden, also für eine Herstellung in geringeren Mengen, hat sich das Prinzip der feststehenden Welle im allgemeinen erhalten. Nun sind aber von den Kurbelwellen heute die der Automobil- und Flugzeugmotoren vorherrschend und hierbei handelt es sich um eine Massenherstellung, der sich die Kurbelwellendrehbänke anpassen müssen. Man kann dabei verschiedene Arten von Drehbänken unterscheiden. Wir haben da zunächst die sogenannten Universal-Kurbelwellendrehbänke zur Bearbeitung der Kurbelzapfen samt Nocken und Seitenlagern an Kurbelwellen. Sie ist dort angebracht, wo die Tagesleistung nicht über 20 Stück hinausgeht. Steigt die Leistung, so wird man nun nicht etwa eine zweite Maschine gleicher Bauart aufstellen, sondern lieber eine Drehbank mit Doppelantrieb der Kurbelwelle nehmen. Es handelt sich dabei durchaus nicht um eine besondere Maschine; denn man kann eine Kurbelwellendrehbank ohne weiteres dazu umbauen, sofern man nur die Spann- und Schneidwerkzeuge entsprechend ergänzt. Allerdings muß sie eine Spezialmaschine angesehen werden, die jeweils nur für eine Operation an einer bestimmten Kurbelwelle eingerichtet ist.

Eine neue Drehbank mit Kurbelwellen-Mittelantrieb weicht nun von den vorher beschriebenen gänzlich ab. Weil man mit ihr beide Enden einer Kurbelwelle gleichzeitig bearbeiten möchte, wird die zu bearbeitende Kurbelwelle nicht mehr von beiden Seiten gleichzeitig angetrieben, sondern zwischen kugellagernten Spitzen festgehalten und durch ein das Mittellager umschließendes Zahnrad angetrieben. Von der Bedeutung dieser Drehbänke zeugt der Umstand, daß in Amerika drei Viertel aller Automobilkurbelwellen auf ähnlichen Maschinen hergestellt werden. Von der Mitteltriebmachinerie wäre noch zu erwähnen, daß ihre Leistung je nach Konstruktion und Material der Kurbelwelle schwankt, im Mittel aber bei 15 Operationen in der Stunde einschließlich Umspannung liegt. Durch die Entwicklung der Mittelantriebsart, die in einer Operation die Kurbelwellenenden und bis zu 4 Lagerstellen bearbeitet, ergibt sich als wirtschaftlichste Methode zur Erzielung sämtlicher Drehoperationen an Kurbelwellen in gleichmäßig fließender Fertigung eine Kombination zwischen der Mittelantriebs- und der Doppelantriebsart.

Jug. R. T.

Ein neuer Werkstoff aus außerordentlich harter

Versuche, die in verschiedenen Industrielaboratorien ausgeführt wurden, um Stahl von großer Härte zu erzeugen, führen zu dem Erkenntnis, daß Legierungen aus Wolfram, Titan, Eisen, Chrom, Kobalt und Kohlenstoff sich hierzu am besten eignen. Am günstigsten verhält sich eine Zusammensetzung, die im wesentlichen aus etwa 80 % Wolfram und 10 bis 15 % Kobalt besteht. Wie neuerdings gefunden wurde, läßt sich äußerste Härte erreichen, falls man solchen an sich schon harten Legierungen noch 3 bis 7 % Wolframcarbide zugeibt. Dieser neue Werkstoff findet in der Industrie rasch Eingang, da er Schnittgeschwindigkeiten ermöglicht, die alles Bisherige weit hinter sich lassen und sogar zu einer völligen Änderung im Bau der Werkzeugmaschinen führen müssen, um diesen hochwertigen Stahl voll auszunutzen zu können. Das neue Material ist so hart, daß es Saphir ritzt und daß es von einer Reibe von im Handel befindlichen Schleifmitteln überhaupt nicht mehr angegriffen wird.

Die große Überlegenheit des neuen Werkstoffstahls, aus dem Fräser, Drehstäbe, Bohrer usw. angefertigt werden, ergibt am besten aus folgender Gegenüberstellung: Mit einem Drehstahl aus Kohlenstoffstahl konnten, bis ein Anschleifen erforderlich wurde, in 66 Minuten Späne im Gesamtgewicht von 2 Kilogramm heruntergearbeitet werden, bei dem gleichen Werkzeug aus Schnellstahl gelang es bei demselben zu bearbeitenden Material in 88 Minuten ein Spangewicht von 6 Kilogramm und bei Wolframcarbidgehalt in 470 Minuten ein solches von 120 Kilogramm zu erreichen. Ein besonderes Anwendungsgebiet für diese Stahlsorte ist die Herstellung von Ziehseilen, wie solche anstelle der Diamantseile in der Drahtzieherei benutzt werden. Solche Ziehseile aus Hartstahl sind wesentlich billiger wie der Diamant, dessen Preis in der letzten Zeit dauernd gestiegen ist; dabei braucht man ein Herausbrechen wie bei letzterem nicht zu befürchten. Vergleicht man die Ausführung aus Wolframcarbidgehalt mit jener aus gewöhnlichem Stahl, so ergibt sich eine sehr viel größere Lebensdauer, dazu kommt noch, daß der gezogene Draht einen sehr viel gleichbleibenderen Durchmesser erhält, ein glatteres und polierteres Aussehen besitzt und schließlich auch eine viel größere Geschwindigkeit beim Drahtziehen möglich wird.

Die Bleistiftherstellung in Deutschland

hat ihren Hauptsitz in Nürnberg. Diese Stadt ist die Heimstätte der Bleistiftherzeugung und versorgt so ziemlich den gesamten In- und Auslandsmarkt. Der wesentliche Bestandteil der Bleistifte ist feingemahlener Graphit (nicht Blei!), der teilig aufbereitet in feinem Strahl zu millimeterdünnen Stengeln gepreßt wird. Früher benutzte man zur äußeren Umhüllung Zedernholz, das aber heute bedeutend billigerem Material Platz machen mußte. Die maschinemäßige Fabrikation ermöglicht in kürzester Zeit Tausende von Bleistiften zu schneiden, mit Graphit einzulegen, zu lackieren und mit dem Stempel zu versehen. Nur dadurch ist der billige Preis dieses Artikels erklärbar. Da Graphit in Deutschland wenig vorkommt, bezog man den Hauptteil aus Indien, doch soll es bereits gelungen sein, künstlichen Graphit von fast 100 % Reinheit herzustellen — eine Entdeckung, die von außerordentlicher Bedeutung für unsere Wirtschaft ist.

Schwenkbare Bohrvorrichtung

Die in Abbildung 1 und 2 dargestellte schwenkbare Bohrvorrichtung besteht in den Hauptteilen aus dem Winkelförmigen D, den in Kotgubüchsen E drehbaren Gelenkköpfen F, den darin eingepreßten und mit den Muttern G fest verschraubten Paßbolzen H, auf deren Enden je eine mit zwei Bohrbüchsen J ver-

platte wird das über 50 kg schwere Gehäuse L mittels der Radialbohrmaschine eingelegt, indem durch die eingegossene Öffnung M eine Welle gesteckt und deren vordrehende Enden mit Paketen gefast werden. Diese fixen an Ketten und am durchgezogenen Ende befindet sich der Bolzen, welcher von einem

Abb. 1

Seiten-Ansicht

des Gehäuses von A

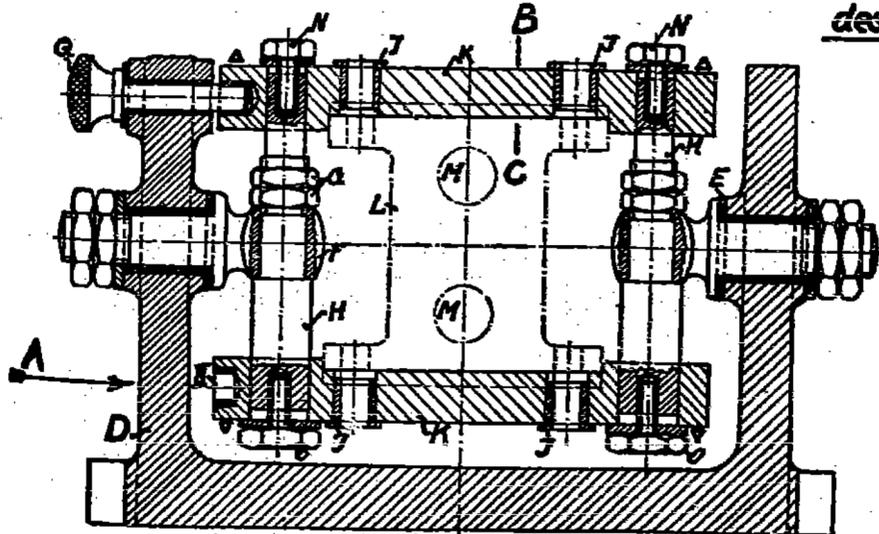


Abb. 2

lebene obere und untere Bohrplatte K leicht schiebbar ist. Diese selbst sitzen in Ausfräsungen P — Abb. 3 — und umfassen das Arbeitsstück — wie strichpunktiert sichtbar — auch an den seitlich bearbeiteten Stellen. Nach Anbringung der unteren Bohr-

gegen Herausgehen gesicherten Bohrfutter gefast wird. Somit konnte das Arbeitsstück mit beschleunigtem Voranschub mühelos ein- und ausgelegt werden, ohne Kran, Flaschenzug oder Hilfe in Anspruch nehmen zu müssen. Der nur während des Um-



Familie und Heim



Die Größe der Familie

Um welche Dinge es sich auch immer handeln möge: um Schulangelegenheiten oder Wohnungsfragen, um Modebinge oder Ewigkeitsfragen, immer macht sich das Geträgche der Kurzweiligkeit bemerkbar, die in jedem Fortschritt den Bestand der Weltordnung gefährdet sehen. Die ewigen „Salt — Salt“-Rufes wollen die tollende Zeit aufhalten; da es ihnen aber nicht gelingt, fauchen und keifen sie hinterher. Im Bannkreis des Kapitalismus sind sie ihm ein vorzügliches Hilfsmittel; denn sein Bestand ist abhängig vom Vorhandensein einer großen Menge geistig Zurückgebliebener.

Das Wort „Bevölkerungspolitik“ kann man heute täglich und in jeder Zeitung lesen, immer natürlich vom jeweiligen Standpunkt des Blattes aus. Theorie und Praxis stehen oft in merkwürdigem Gegensatz zueinander und beschreiben nicht selten Mißverständnisse heraus. Die „gute Gesellschaft“ fühlt sich berufen, den Untergang der deutschen Nation zu weissagen, da die „unteren Schichten“ in „verantwortungslosem Eigenwitz“ ihre Kinderzahl beschränken. Die Sucht nach Vergnügen und schrankenlosem Genuß, Faulheit und Mangel an nationalem Verständnis, das sind die billigen „Beweise“, die man den geduldrigen Zeitungslesern aufsticht. Wenn wir aber zum Vergleich das „nationale Verständnis“ des Bürgertums heranziehen, so müssen wir feststellen, daß Kleinhaltung der eigenen Familie dort üblich war und ist. Diese Einschränkung geschieht aus ganz folgerichtigen Gedankengängen heraus: Je weniger Kinder ich habe, um so weniger wird sich mein Besitz zersplittern, wenn ich gestorben bin. Das Vorhandensein zweier oder mehrerer Söhne bedeutete für Eltern und Kinder durchaus kein Glück.

Das „Recht auf den Besitz“ hat schon oft blutige Kämpfe ausgelöst. Das Familienrecht in seinen verschiedenen Fassungen zeigt von den Auffassungen in den Zeitaltern. Die „besitzlosen Massen“ sollten aber doch etwas haben, und darum ließ man ihnen die „elsterliche Gewalt“ und dem Manne das Recht über seine Frau. Damit war dann zugleich die Gewähr gegeben, daß eine gehörige Anzahl von Kindern, also von jungen, neuen Sklaven erzeugt wurde. Der alten gemeinamen Besitz war der des Vaterlandes; der Proletarier in der Schule und der „gemeine Mann“ beim Militär kriegt das Bewußtsein von diesem Besitz gehörig eingebläut. Diesen „Besitz“ hatten sie dann im „Notfalle“ zu verteidigen, wenn irgendwo ein „Feind“ des Vaterlandes auftauchte. Der Ruhm und die Ehre, die der Vangeweile und nicht zuletzt der Geldgiergroßherren und kleiner Potentaten wuchsen sich jahrhundertlang die „Besitzlosen“ opfern. Mühen nicht auch wir uns in der Schule mit Herz und Hand dem Vaterland verschreiben? Einem Besitz, den wir nicht hatten, der aber uns hatte! Und je mehr von der Herde da war, um so schmeichelhafter für den Herrscher auf dem Thron. Und jeder Untertan durfte sagen: Friedrich, Wilhelm oder August — das ist mein König! Und was taten die nicht alles für ihr Volk!

Diese Zeiten sind endgültig vorüber. Die Arbeiterschaft von heute wird sich nicht wieder wie eine Herde Schlachttiere behandeln lassen. Aber die Industriellen brauchen heute noch die Arbeiterherde. Darum schreiben sie so laut, daß der Gehirnenrückgang des Vaterlandes Ende sei. Mit „Vaterland“ meinen sie sich und ihre Sippigkeit.

Wenn wir nun als notwendige Gegenwarts-politik jedem Familienvater und jeder Frau empfehlen: Halte deine Familie klein! so geschieht dies nicht zuerst aus dem Bewußtsein heraus, daß dem Unternehmer eines Tages nicht mehr so viel Ausbeutungsobjekte zur Verfügung stehen. Es kommen für uns zunächst kulturelle Gesichtspunkte in Frage. Unsere Arbeiterschaft hat zu einem großen Teil nicht die Möglichkeit, ihrem Nachwuchs eine Ausbildung, eine Erziehung angedeihen zu lassen, die allen leiblichen und seelischen Anforderungen genügend entspricht. In zahlreichen Familien werden zwangsläufig die Eltern an ihren Kindern zu Ausbeutern, indem sie von ihnen verlangen, sobald wie irgend möglich mitzuerarbeiten. Auf persönliche Wünsche der Kinder, die sich einem bestimmten Berufe zuwenden möchten und vielleicht auch dazu geeignet wären, kann nicht geachtet werden. Die natürliche Neugierde der Kinder, die sie aus dem Munde junger Menschen hören: Wo zu lebe ich? Kur um zu schlafen oder am arbeitslos herumzuirren. Zum Sport und zur Zerstreuung gehässiger Zeitgenossen.

Diese Frage: Wo zu schlafen? wird gestellt werden. Nicht nur sollst du dich pflanzen, sagt Nietzsche, sondern hinaus! Überwiegend wie wir die Massenangehörigen eines Geschlechtes, den wir in der Schule als den „Großen“ kennen lernen, mitteilen können, ebenso wenig dürfen wir dem Geschlecht des heutigen Besitztums Geschlecht schenken. Es muß uns auf die geistige und körperliche Beschaffenheit der Menschen ankommen. Die natürliche Instanz, die angeblich durch den Massenmörder Krieg geschaffen wurde, ist ein altheres Gewäch, das nur gedauert hat und im wahrsten Sinne ungebildete Menschen umgeben. Die breite Masse des Volkes ist ganz besorgt in Unklarheit über sich selbst und seinen Daseinszweck gehalten worden und das Erwachen, in dem wir stehen, wird von den „Vollstreckten“ mit Unkenntnis begleitet. Wir sind dort, wo wir stehen, die heutige so notwendige Kleinhaltung der Familie als festes, unerschütterliches Programm für nun und alle Zeiten festzulegen. Sie zu ermöglichen ist die Aufgabe des Staates. In zahlreichen sozialistischen Staaten werden sich derartige Notwendigkeiten vielleicht erübrigen. Heute aber, wo wir uns in einem kapitalistischen Wirtschaftsgefüge befinden, ist die Notwendigkeit einer Einschränkung ein Massen-gesamt.

Wir wollen freilich die Beschränkung aus ganz anderen Gesichtspunkten heraus, als das Bürgertum sie uns andichtet. Für uns kommen nicht die gleichen Beweggründe in Frage, wie beim Bürgertum. Dort handelt es sich um die geistlose Fortpflanzung des Besitzes, wir aber wollen unsere Kinder eine sozialistischere, menschenwürdige Entwicklungsmöglichkeit bieten können. Es soll kein Raubbau mehr getrieben werden mit den Kräfte der Frau und Mutter, es soll kein „Abzehrung“ der „Wirtschaft“ mehr erzeugt werden, das alles für „Heute“ in Bereitschaft steht zur Aufrechterhaltung einer Rasse von Sklavenfabrikanten.

Es muß natürlich jedem einzelnen überlassen bleiben, wie und auf welche Weise er seine Familie kleinhält. In jedem Falle aber muß gewarnt werden vor der Abzehrung! Sie bedroht in jedem Falle, auch vom erfahrensten Arzt ausgeführt,

eine Gefahr für die Gesundheit der Frau, in verstärktem Maße, wenn sie vom Pfuscher ausgeführt wird. Nach Dr. Marturle zählt man im Jahr durchschnittlich 800 000 künstliche Fehlgeburten und 80 bis 90 bis sind heimlich geschehen! Wieviele Frauen gehen dabei zugrunde und müssen ihre unbetorgten Kinder verlassen! Gewisse Kreise, die eine Art von Einsehen an den Tag legen, predigen Entschlossenheit. Sind das nun wahrhaft „ahnungslose Engel“? Ach, sie wohnen zumeist in hellen, geräumigen Wohnungen und könnten sich eine stattliche Reihe von „Gottesgaben“ leisten. Aus solcher Höhe läßt sich leicht predigen.

Es gibt 776 461 Haushaltungen und Familien ohne eigene Wohnungen! Wo und wie leben diese Menschen? An solchen Unglücklichen haben Pfuscher herrliche Beute. Wie werden oft die Menschen ausgebeutet! Denn immer lauert über ihnen bei Zahlungsunfähigkeit die Gesetzesstrafe! Vorbeugen? Aber: „Wer will wehren, daß Natur nicht Natur sei, Wasser nicht rechte, Feuer nicht brenne!“ (Dr. M. Luther.) Das natürliche „Vor-sehen“ ist ein zweischneidig Schwert und nie zuverlässig. Zudem stellt es Anforderungen an den Mann wie an die Frau, die aus dem dauernden Unbefriedigtsein seelische Zerrissenheit und gegenseitigen Groll leicht zur Folge hat. Es führt meist zu schweren körperlichen Schädigungen für die Frau.

Die Mittel, die zur Verhütung der Geschlechtskrankheiten dienen, sind ebenfalls als Vorbeugungsmittel gegen die Empfängnis zu betrachten. Aber es kommt auf die Güte der Gegenstände an. In dem Kommentar zum Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten (herausgegeben vom Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt) wird man in dieser Angelegenheit nützliche Hinweise finden.

Sozialismus in der Kinderstube

In sich wäre es ja eine Selbstverständlichkeit, daß der Sozialist seine Kinder im Sinne seiner Weltanschauung erzieht, um dadurch seiner Gedankenwelt eine Zukunft zu sichern, aber in der Praxis wird in der Kinderstube noch sehr viel geleistet. Bei vielen sozialistischen eingestellten Eltern kommt es noch immer in der Hauptsache darauf an, daß die Kinder auf den Wind gehorchen und ihnen im übrigen nicht viel zu schaffen machen. Deswegen halten sie sich in Erziehungsfragen an liebsten an die gute alte Zeit und an die allgemein üblichen Erziehungsregeln, die aus dem Rinde in bezug auf Charakterbildung, Gehörigkeit, Befehl und Weltanschauung ungefähr denselben Resten machen, der in der heutigen kapitalistisch eingestellten Zeit, in dieser Welt der brutalen Rücksichtslosigkeit und Ausbeutung noch immer die Masse bildet.

Der Sozialismus erstrebt bekanntlich eine neue Form der Gesellschaft, der Arbeit und der Wirtschaft. Diese wichtigsten Formen eines sozialistischen Gemeinheitslebens sind aber heute keine Utopie mehr, sondern etwas im Raum und in der Entwicklung begriffenes. Ebenso wie wir heute mit der Umwertung sozialistischer Gedanken in der Tat noch in den Anfängen stehen, ebenso können wir heute schon den Bau vollendet haben, wenn unsere Eltern es nicht verjagt hätten, unserer Lebensgestaltung eine neue Richtung zu geben. Und denselben Vorwurf werden uns unsere Kinder wieder machen, wenn wir die wichtigste Voraussetzung für die Verwirklichung des Sozialismus, die Erziehung zu neuer Lebensgestaltung abermals verjagen. Wie wird aus den Ideen der sozialistischen Gedankenwelt eine neue Menschheit mit edleren Grundsätzen der Lebensgestaltung hervorgehen, wenn wir nicht vor allem das Erziehungsweck dafür bei unseren Kindern beginnen.

Allerdings braucht man dabei nicht streng nach vorgefertigten Regeln vorzugehen. Solche Regeln und Normen hat man in den alten Erziehungsmethoden genug angewendet und sind oft gerade deswegen ohne befriedigenden Erfolg geblieben, weil sie nicht mit den natürlichen Veranlagungen des Kindes nicht im Einklang standen. Ungefährliche Eltern brauchen einen solchen Plan auch nicht, denn sie wissen im gegebenen Augenblicke, wie sie am besten den Charakter ihres Kindes festigen und das Gemüt für das Gute und Gütliche befähigen können. Gewiß müssen Eltern, die aus ihren Kindern billigeren, für den Sozialismus reife Menschen machen wollen, über die Erziehung nachdenken und ganz besonders sich darüber klar werden, wie sie am fruchtbarsten mit ihren erzieherischen Aufgaben auf die natürlichen Veranlagungen der kindlichen Natur wirken können. Immer müssen wir bedenken, was wir dem jungen Menschen in der Kindheit mitgeben, das behält er für sein ganzes Leben. So wie es heute mit unserer Erziehung aussieht, so wird im voraus, dreißig, vierzig Jahren unser ganzes gesellschaftliches Leben aussehen.

Nur allem dürfen wir nicht vergessen, daß wir den Kindern jetzt Beispiel sind, sei es im Guten oder sei es im Bösen. Immer hören wir aus dem Munde unserer Kleinen schon: Papa und Mama machen es auch so! Kinder aus Familien, wo viel Zank und Streit herrscht, bringen nicht selten die Streitsucht schon in die Schule mit. Diese Streitsucht ist ihnen nicht angeboren, sondern durch das Beispiel im Hause erzwungen worden. Da, wo Harmonie in der Familie herrscht, wo Liebe, Güte und Verstand für die Erziehung bestimmend wirken, da bedarf es wenig Strafen. Die Sonne im Hause ist vor allem die Liebe, die Liebe der Eltern untereinander, die Liebe zu den Kindern. Überall muß das Kind einen starken Strom von Liebe spüren. Und selbst da, wo es nicht, Fehler zu rügen, müssen wir uns immer wieder als das Kindes beste Freunde zeigen. Kinder müssen zu den Eltern Vertrauen haben und an sie glauben. Nur so wird es gelingen, manche Laster und Gefahr von ihnen abzuwenden, wenn sie in die Zeit der gefährlichen Stimm- und Regeljahre kommen. Wohl muß das Kind die Eltern achten lernen, aber es zu bestrafen, daß es blindlings gehorcht, ist ein falscher Weg der Erziehung. Dreißig Kinder werden Quäler und Sträflinge und wissen nichts von der so notwendigen Kameradschaft im späteren Leben. Reife erzogene Kinder werden immer gehorchen.

Vor allem aber lasse der Sozialist seinen Kindern viel Freiheit zum Herumtummeln. Nicht allein an natürlicher Erziehung, sondern vor allem in Luft, Licht und Sonne sollen unsere Kinder und Mädel wachsen und hart werden. Freiheit ist das schon Endziel des Sozialismus. Freiheit muß auch die Freiheit des sozialistischen Menschen umfassen. Frühzeitig müssen die Kinder auch an bestimmte Pflichten gewöhnt werden. Nebenbei lernen sie die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens aller Menschen kennen. Eine tüchtige Mutter wird ihren Kindern auch das Zusammenarbeiten im Haushalt erlernen und ihnen kleine Leistungen auftragen, damit sie die Hausarbeiten nicht verachten lernen. Ein Kind, das schon die Schule besucht, kann keine Stuben- und Kleider selbst reinigen. Im Anfang kann die Mutter dabei stehen, das Kind unterweisen, ihm helfen, aber allmählich muß es an diese Pflicht gewöhnt werden. Eine sozialistische Gesellschaft braucht Menschen, die Pflichten kennen und diese Befehle der Ordnung erfüllen. Selbst in der idealsten Gemeinschaft des Sozialismus wird das Dasein des Einzelnen an Pflichten und Regeln der Ordnung gebunden sein. Ohne diese gesellschaftliche Bindung wäre keine Freiheit möglich.

Auch sollen die Eltern ein wenig auf die einfachsten gesellschaftlichen Formen achten, damit das Kind in der Schule nicht ausgelacht wird. Grinsen, wenn man jemanden begegnet, danken, wenn man etwas empfängt, bitten, wenn man etwas wünscht, und höflich antworten, wenn man sich im Gespräch mit jemandem befindet, sind alte Formen des gesellschaftlichen Verkehrs und werden auch in alle Zukunft Geltung haben. Ohne sie würde nie eine Harmonie der menschlichen Gemeinschaft denkbar sein. Die Kinder werden auch mit diesen einfachen Formen der Höflichkeit bald vertraut und lernen sie üben, wenn die Eltern untereinander und mit den Kindern höflich sind. Die Kinder werden dadurch früh sicherer und freier in Gesellschaft. In diesem Sinne erzogene Kinder werden dann auch zu tüchtigen Sozialisten heranwachsen und werden den Weg zu weiteren Zielen einer natürlichen, vernünftigen Lebensgestaltung im Sinne der sozialistischen Gedankenwelt von selbst finden.

„Es steckt aber doch in jedem drin...“

Die Tatsache, daß es nun doch Frühling wird, ist so erfreulich, daß man jedes kleinste Anzeichen dafür mit Freude immer und immer wieder wahrnimmt. Man bleibt beim Aufräumen der Zimmer immer mal wieder in der Nähe der geöffneten Fenster stehen, um sich einen tiefen Atemzug voll lebensvoller Luft zu holen. Man betrachtet die Weidenkätzchen im Blumenglas am Fenster als frohe Verheißung. Man wirft ab und zu aus der Küche einen Blick hinunter auf die grünen Blätter der Weidenkätzchen. Zwischen den Ästen tummeln sich die Kinder, von den Kleinsten, soweit sie auf den Weiden vorwärts können, bis zu den Schulkindern und den Halbweiden.

Vögel fliegen, Sandhaufen werden mit glühendem Eifer um und um gebuddelt. Meinungsverschiedenheiten über „meine Schaufel — deine Schaufel“ werden ab und zu handgreiflich ausgetragen, ohne daß dabei Tränen fließen. Doch da ertönt plötzlich häßliches Weinen, eine schellehnde Frauenstimme, schreiendes Durcheinander von Rufen: „Der war es, der in der grünen Mädel!“

Ich öffne das Fenster und sehe hinunter. Eine Mutter beugt sich über ein kleines Mädel, das jämmerlich weint. Das kleine Mädel ist blutüberströmt. Zur Hintergrunde brüden sich schuld-bewußt, aber doch herausfordernd, einige größere Jungen an die Hauswand. Einer, der mit der grünen Mädel, läuft eben seinem Vater entgegen, der vom Dienst heimkommt.

Der Wortwechsel, der sich zwischen dem Vater des Jungen und der Mutter des kleinen Mädchens entspinnt, ist laut genug, um mich über den Sachverhalt aufzuklären. Der Junge hatte zu Weihnachten ein Luftgewehr bekommen; am ersten schönen Frühlingstage treibt es ihn, auf seine Art sich zu vergnügen. Er zieht mit einigen bewundernden Freunden in den Straßen umher und sucht Ziele für sein Schießeszen. Die Fensterkätzchen, die vielleicht schon haben daran glauben müssen, stehen zurzeit noch nicht zur Verhandlung, aber jetzt hat ein verirrtes „Pistjöl“ des Luftgewehrs das kleine Mädel an der Wange getroffen.

„Es ist noch gut gegangen“, sagt die Mutter. „Was aber, wenn er das Kind nun ins Auge getroffen hätte? Ist es nicht eine Unvernunft von den Eltern, Kindern solche Spielzeuge zu schenken, mit denen sie Unheil anrichten können?“

Der Vater des Jungen wirft sich in die Brust — er ist eben einer von denen, die „schonbar auch nicht alle“ werden. „Was verstehen Sie denn davon?“ sagt er, seine Verlegenheit unter wegwerfender Überlegenheit verdeckend. „Da können Sie sich auf den Kopf stellen, was von richtiger Junge ist, der will auch schießen können; das steckt eben doch in jedem drin...“

Ich trete vom Fenster zurück und bin nachdenklich geworden. Wie vieler gültiger Anleitung von vernünftigen Vätern und Müttern wird es noch bedürfen, um das auszurufen, was durch Überlieferung und Vererbung „in jedem drinsteht“?

Die Kraft der Frau

Die Kräfte, die die Arbeit von den Menschen verlangt, sind je nach dem Berufe verschieden. Sie sind aber auch unter den verschiedenen Geschlechtern verschieden, und doch wird im modernen Arbeitsleben von Frauen die gleiche Arbeitskraft wie von Männern verlangt.

In der Kraftleistung stehen die Frauen aber, so schreibt Prof. Rubner in der Deutschen medizinischen Wochenschrift, in allen Beziehungen hinter den Männern zurück. Das gilt schon für die Jugend. Bis zum 12. Lebensjahre hat das Mädchen nur acht Zehntel der Kraft der Knaben. Im 15. Lebensjahre sind Knaben und Mädchen im Gewicht etwa gleich, aber ihre Muskulatur ist dennoch nicht gleich stark, denn die Seitenkraft der Mädchen macht nur 0,62 von der Kraft der Knaben. Mann und Frau unterscheiden sich bei gleichem Körpergewicht und bei mäßiger Arbeit nicht in ihrem Stoffwechsel und in ihrem Nahrungsverbrauch. Grundverschieden sind aber, so sagt Rubner, die Befähigungen zu größter Kraftleistung. Und wenn wir Mann und Frau in ihren besten Leistungen vergleichen, sind die Werte für die Frau nur 0,64 von denen des Mannes. Dennoch wird die Frau heute so oft in unerhörter Weise in das Berufsleben eingezwungen. Sie hat dazu in ungeheurer vielen Fällen neben der Berufsarbeit noch ihre häuslichen Aufgaben zu erledigen. Bei solchem Raubbau an der weiblichen Gesundheit sind frühes Altern und Krankheiten unausbleiblich. Durch solche Überlastung ist, wie Rubner schreibt, sogar bei jungen weiblichen Personen der Verlust eines gesunden, blühenden, jugendlichen Aussehens festzustellen.

Der Prügelknabe

Bernhard hatte, wie alle kleinen Jungen seines Alters, immer irgend etwas angefaßt. Da er fand, daß Worte auf seinen Sprößling ihre Wirkung verfehlten, ging der Vater zu strengeren Maßnahmen über. Ein Nachbar, der einer betartigen Erziehungsaene beimohnte, bemerkte mit Bemerkung, daß Bernhard keinen Laut von sich gab. „Schreibst du nie, wenn du gefächelt wirst?“ fragte er. „Schreiben Sinn hätte das?“ meinte der Kleine. „Der alte Mann ist ja taub.“

Die gute Lehre

Ein Bauer erntete einen Jungen beim Apfelschlehen und brachte ihn zum Lehrer. Der war ein gutmütiger Mann. „Du mußt doch gewußt haben, daß Stehlen schädlich ist“, sagte er. „Und auf jeden Fall hätte dir dein Gewissen doch sagen müssen, daß der Mann dich gesehen hat.“

Fieberthermometer

„Wenn Sie die Temperatur Ihrer Frau messen wollen, muß sie das Thermometer unter die Zunge nehmen und zwei Minuten lang den Mund geschlossen halten.“

„Haben Sie keine, das sie etwas länger behalten muß?“

Es ist unmöglich, die Fabel der Wahrheit durchs Gedränge zu tragen, ohne jemandem den Kart zu verjagen. Lichtenberg

Der giftige Tod

Rauchende Trümmer einer großen Ortschaft. In einem halbverschütteten Keller...

Schwellende Stille. Nur ab und zu kratzt die Feder. Nach einer gewissen Zeit...

„Sei so gut und schreibe du für mich an meinen Vater...“ bittet ihn einer der Kameraden.

Er wird durch eine tödliche Stimme aus dem Hintergrunde unterbrochen: „Das Licht, das Licht!“

„Er war der Letzte von drei Brüdern,“ sagt nach einer Weile eine eintönige Stimme.

Auf der halberhöhten Treppe sitzt ein Krieger. Verstohlen öffnet er den Waffenschrank.

Ein härtiger Soldat schreibt unterdessen. Er wiederholt die Sätze stets mündlich.

„Gib mir die Feder, ich will wieder einmal meinem Freunde berichten.“ Ein blutjunger Streiter sagt die Worte.

„Du dort hinten, hast du niemanden, dem du ein Lebenszeichen schuldig bist?“

„Ich habe unendlich viel mehr Menschen zu schreiben als ihr in allen Ländern der Erde...“

Die Soldaten drängen sich herbei. In eine Wunde am Arm taucht er die Feder...

Wir sind alle Brüder! Zur selben Sekunde erwachte die Hölle.

Ein der schwersten und gesundheitschädlichsten Berufe ist sicherlich der eines Formers oder Gießereiarbeiters.

In der Gießerei

Der Formmeister beginnt mit einer schweren und gesundheitschädlichen Arbeit.

Zeit jeder Arbeitstag beginnt mit einer schweren und gesundheitschädlichen Arbeit.

Bildungsarbeit der Bewegung und Selbstbildung

Nicht mit Unrecht hat man wiederholt auf die Gefahren der „bürgerlichen Bildung“...

„Bürgerliche Bildung“ bezeichnen wir im Schlagwort das schwammige Gebilde...

Diese Grundhaltung ist dem Eingeweihten vertraut. Sie brauchte deshalb hier nur angedeutet werden.

Genügt das aber? Wieder und immer wieder wird von verantwortungsvollen Arbeitsgemeinschaftsleitern...

Nachdem nunmehr die Form mit den erforderlichen Erzhilfen zum Eingießen und Steigen...

Wenn es auf Mittag zugeht, muß der Guß für denselben Tag hergerichtet werden.

Von der Stirne heiß rinnen muß der Schweiß, schreibt Schiller in seinem Lied...

Heilige Arbeit

Wir sprechen von der Erzmühle unseres Berufes und meinen damit dieses ewig Gleiche...

unserer Bildungsarbeit mehr und mehr Erleichterung und Verminderung von Umlagen finden.

Das klingt so selbstverständlich, daß mancher sich wundern mag, warum es hier nochmals gesagt wird.

Gerade weil wir „Klassenbildung“ benötigen, ist die umfassende Fundierung dieses Bildungsausschnittes notwendig.

Die höchste Schnapsproduktion seit dem Kriege. Der kürzlich stattgefundenen Generalversammlung...

Als Regel mögeft du erkennen: Verbotlich ist es Schnaps zu brennen.

Die höchste Schnapsproduktion seit dem Kriege

Der kürzlich stattgefundenen Generalversammlung des Vereins der Spiritusfabrikanten lag ein Bericht vor...

Als Regel mögeft du erkennen: Verbotlich ist es Schnaps zu brennen.

Ein teurer Arzt

Als König Friedrich August I. von Sachsen im Jahre 1727 an einem Fußleiden erkrankt war...

„Die letzten Feinheiten des kapitalistischen Betriebes.“ Darüber plaudert J. S. M. im „Wahren Jakob“...



Verbandsleben



Von der Rohrlegerbranche in Berlin

Die Rohrleger bilden in unserer Ortsverwaltung in Berlin eine besondere Branche. Sie mag etwa über 7000 Mitglieder zählen. Es sind viele alte Verbandskollegen darunter, freilich auch viele ganz junge, wie es nicht anders sein kann bei der raschen Ausdehnung dieses Gewerbes in der Millionenstadt. Eine Mischung von alten, geschulten Gewerkschaftern mit jungen, ungeschulten ist anderwärts eine Quelle gewichtiger Vorteile, weil die alten Gewerkschaftler den jungen ihre Erfahrung mitteilen, sie in die gewerkschaftliche Praxis einführen und ihnen die Unerlässlichkeit der innigen Verbundenheit mit der gewerkschaftlichen Gesamtheit lehren. Vor allem aber wachsen die alten Verbandskollegen, die bittere Erfahrung beherzigen, daß die ungetriebene Verbundenheit mit der gewerkschaftlichen Gesamtheit ein durch nichts aufzuwiegendes Gut ist. Die alten Mitglieder wissen, müssen wissen, daß über allen Meinungsverschiedenheiten und Personenfragen die gemeinsame Sache zu stehen hat und unter keinerlei Vorwand geschädigt werden darf. Und indem darauf gedrungen wird, daß alle Mitglieder dieser teuer bezahlte Erkenntnis unbedingt beherzigen, wird diesen und den Berufskollegen, ja der Arbeiterklasse am besten gedient.

Das ist, wie gesagt, die allgemeine Regel in der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung. Ob in der Rohrlegerbranche Berlins dieser Regel nachgelebt wird, das läßt sich an verschiedenen Vorgängen ersehen, von denen einige nun geschildert werden sollen.

Am 25. April hatte die Rohrlegerbranche eine Versammlung im Gewerkschaftshaus zu Berlin. Etwa 1500 bis 1600 Kollegen, also ein knappes Viertel der Mitgliedschaft der Branche waren zusammen gekommen. Die Versammlung hatte auf ihrer Tagesordnung Verbandsangelegenheiten und den 1. Mai. Unter dem ersten Punkt barg sich eine Angelegenheit der Branche von sehr weittragender Bedeutung.

Das seit Jahren als Branchenleiter amtierende Mitglied Niedertröner, der hauptberuflich in sowjetrussischen Diensten steht, ist wegen wiederholter und schwerer Mißachtung der Verbandsgesetze ausgeschlossen worden. Dagegen steht ihm wie jedem andern das Recht der Beschwerde an den Ausschuss und schließlich an den Verbandstag zu. Solange aber die endgültige Entscheidung in einer Ausschlußsache nicht gefallen ist, ist der Betroffene nicht mehr Verbandsmitglied; seine Pflichten und Rechte ruhen, und er kann demzufolge auch kein Amt im Verbandsverband bekleiden. Laut dieser ganz klaren und ganz selbstverständlichen Bestimmung des Statuts hätte sich jetzt die Rohrlegerbranche anstelle des ausgeschlossenen Niedertröner einen andern als Branchenleiter wählen müssen. Dies ist eine so handgreifliche Selbstverständlichkeit, daß darüber anderswo kein Wort verloren wird, weil man es dort eben für selbstverständlich hält, daß ein an der Spitze des Verbandes stehender nicht innerhalb des Verbandes werden kann, zumal wenn er wegen größter Mißachtung der Gesetze des Verbandes ausgeschlossen worden ist.

Die Versammlung der Rohrleger aber war ganz anderer Meinung. Als sie von dem Antrag der Ortsverwaltung pflichtgemäß darauf aufmerksam gemacht wurde, daß das Nichtmitglied Niedertröner nicht mehr an der Versammlung teilnehmen könne und den Saal zu verlassen habe, geriet die Versammlung in eine Empörung, die auch nicht annähernd wiederzugeben ist. Worte wie Feigheit, Egoismus, Betrug, Stolz und Ähnliches wurden dem Vertreter der Ortsverwaltung entgegengebrüllt — und das alles, weil er nicht als seinen Auftrag erfüllt hatte. Als dieser Kollege den Saal verließ, streckten sich ihm Hände während entgegen, so daß man zuweilen das Äuglein beschützen mußte. Die nämliche Verhöhnung und Bedrohung wurde einem Kollegen deswegen zuteil, weil er gewagt hatte, gegen einen Antrag zu stimmen. Wie es einem Verbandsmitglied ergangen wäre, der in Ausübung seines selbstverständlichen Rechtes gegen einen Antrag gesprochen hätte, ist nicht gut anzudenken. Aber es hat keine eigene Meinung in Worten ausgebracht. Wenn seine Gesundheit lieb war, besteht in der Rohrlegerversammlung seine Meinung für sich. Der Terror war fast genug, jeden Andersmeinenden niederzuhalten. Es kann daher nicht wundernehmen, daß einstimmig beschlossen wurde: Niedertröner, der Ausschlossene, am 1. Mai weiter als Leiter einer Branche des Verbandes, dem er gar nicht angehört, und dieser Beschluß wurde von dem Nichtmitglied Niedertröner mit einer Rede begleitet, die das höchste oder niedrigste dessen darstellte, was man an Antworten gegen die freie Gewerkschaft und unsere Verbandsarbeit erwarten kann. Dagegen hatte anschließend wieder der Vorsitzende, der die Versammlung irgend etwas in Erinnerung rufen kann, nicht müde, anzudeuten, daß es noch Mitglieder gibt, die ihre Gewerkschaft, an deren Kopf ihnen nur ihres wirtschaftlichen Wohlbefindens alles gelegen sein mag, von einem nicht zu ihr gehörenden Menschen herrunterreißen lassen, ohne sich dagegen aufzumachen.

Zu dem eben genannten Beschluß sagten die Rohrleger noch ein paar gleiches Wort. Es wurde beschlossen, jede Woche von jedem Branchemitglied einen Sonderbeitrag von einer Mark zu erheben. Daß dazu die Genehmigung des Verbandes notwendig ist, wurde gar nicht in Erwägung gezogen. Dann wurden für einen wilden Streik 100.000 Mark bewilligt. Ferner wurde beschlossen, daß die Branchemitglieder am 1. Mai nicht in die Versammlungen der freien Gewerkschaften, sondern in die der kommunistischen Partei zu gehen haben, zu welchem Zweck das Mitgliedbuch des Verbandes einen Stempel erhalten solle, um feststellen zu können, wer „eine falsche Klassenkarte“ und wer „verräterischer Reformist“ sei. Dagegen wurde dem Vorsitzenden eines wilden Streiks mehr als eine halbe Stunde Zeit gegeben, den Metallarbeiter-Verband und dessen verlässliche Leitung maßlos zu bejubeln.

Solche Forderungen, wie sie diese Rohrlegerversammlung und ihre Beschläge offenbaren, sind einfach unerträglich. Daß sie sich zur Unmöglichkeit entwickeln konnten, ist kein erbebendes Zeugnis für gewerkschaftliche Unfähigkeit. Der Brande aber ihrer Verbandsangelegenheiten ist es, wie man annehmen mag, wohl nicht hat, zu welchem Schicksalstempel sie von einer nur zu

wohl bekannten und nur zu gut erkannten gewerkschaftsfeindlichen Stelle auserselbst ist. Wäre dies der Branche oder ihrer Versammlungsmehrheit klar, sie hätte sich längst mit allem Nachdruck gegen die Verunglimpfung ihrer Gewerkschaft und dessen Leitung gemeldet, jedenfalls aber wäre es am 25. April nicht zu den Beschlüssen gekommen. Gewiß, bei den einen mag der Terror, bei den andern die kommunistische Bestimmung die Untätigkeit entschuldigen. Allein, soweit darf es nicht mit der Führerherzigkeit oder der Parteitreu gehen, daß man sich oder seine Branche in einen Konflikt mit der Gesamtheit der Kollegen schließt, ausgerechnet von Menschen hineintreiben läßt, deren gewerkschaftsfeindliche Pläne ein Strohblinder zu erkennen vermag.

Die Rohrleger Berlins werden wohl ebenso wie alle anderen Mitglieder erfahren können, daß der Beschluß, einen Ausschlossenen trotz der klaren Bestimmung des Statuts ausdrücklich in seiner Verbandsfunktion zu belassen, einen schweren Konflikt mit dem Verbandsverband bedeutet. Die Rohrleger Berlins werden sich wohl ebenso wie alle anderen Mitglieder darüber im klaren sein, welche Auswirkung ein solcher Konflikt mit der gesamten Kollegenchaft besonders vor einer Lohnbewegung haben muß. Und den Rohrlegern Berlins wird es wohl ebenso wie allen anderen Mitgliedern einleuchten, daß der Verbandsvorsitzende die verdammteste Pflicht hat, auf die Beobachtung des Verbandsstatutes zu dringen. Was der Vorstand in dieser peinlichen Sache tun wird, wissen wir nicht. Wir können nur wünschen, daß die Rohrleger Berlins ebenso wie alle anderen Mitglieder verstehen mögen, daß die Schuld an dem Eingreifen des Vorstandes nicht diejenige trägt, sondern jene Leute, die den Konflikt planmäßig herbeiführten, um die ihn ihnen unbändig gehagte Einheit der sozialistischen Metallarbeiterschaft zu zerstören.

Ein großer Teil der Rohrlegerbranche Berlins mögen Mitglieder der kommunistischen Partei sein, was jedoch keineswegs sicher ist. Sicher aber ist, daß sie alle Mitglieder des Metallarbeiterverbandes sind, und zwar die meisten viel länger, als sie der KPD angehören. Der Verband stand ihnen schon treu zur Seite, als noch niemand an eine kommunistische Parteidachte, und er wird ihnen Schutz und Schirm sein, wenn die KPD nur noch eine blaße Erinnerung sein wird. Dem Verbandsverbanden die Rohrleger ihre überdurchschnittlichen Löhne und Arbeitsbedingungen, womit es sicherlich vorbei sein dürfte, wenn sie nicht mehr die Gesamtkollegenchaft als Rückendeckung haben. Die Rohrleger haben sich im Verbandsverband Rechte auf gewichtige Unterstützungen erworben. Verschiedene dieser Rechte mehrten sich mit der Länge der Mitgliedschaft. Das gilt insbesondere für die Jubiläumunterstützung, die geeignet ist, in den Tagen des Alters manche Not zu mildern. Ein Blinder, der nicht einsehen wollte, was ihm der Verband, was ihm die Zusammengehörigkeit mit der Kollegenchaft nicht alles an Vorteilen gebracht hat und sicherlich noch bringen wird. Ein Verbandsvorsitzender, der seine gewichtigen Rechte im Verband leichtfertig aufgeben wollte. Ein Narr, der sich in einen Konflikt mit dem Verbandsverband von geriffeltem Gefellen hineintreiben läßt und dadurch seine wirtschaftlichen Erwerbungsquellen und seine gewerkschaftlichen Rechte aufs Spiel setzt.

Was die Entscheidung der Rohrleger Berlins in dieser für sie äußerst ernst Angelegenheit sein wird, das sollte, wie man vermehren möchte, eigentlich keine Frage sein.

Die Lohnbewegung in Berlin

Über die Lohnbewegung in der Metallindustrie Berlins und den Schiedsspruch wurde vorige Woche hier ausführlich berichtet. Was wir dort als wahrscheinlich anzusehen, ist eingetroffen. Am 26. Mai haben die Verbandsmitglieder in den von der Lohnbewegung erfassten Betrieben über die Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs abgestimmt. Das Ergebnis ist wie folgt: In den Betrieben sind (alles in runden Zahlen) 152.000 Personen beschäftigt, davon 73.000 organisiert sind. Davon stimmten 37.000 für Ablehnung (Streik) und 23.000 für Annahme des Schiedsspruchs, 11.000 haben sich nicht an der Abstimmung beteiligt und 818 Partei waren unglücklich. Obwohl sich demnach 14.000 Kollegen mehr gegen als für den Schiedsspruch ausgesprochen haben, wird es durch die Arbeiterseite zu keinem Kampfe kommen, da die hierfür im Statut festgesetzte Dreiviertelmehrheit nicht erreicht worden ist. Man kann somit die Lohnbewegung in Berlin für beendet betrachten. Der Schiedsspruch, wenn er auch in der Spitze einen förmlichen Rückschlag von 6 Pf. bringt, läßt sich aber nicht als ernste Bedrohung ansehen. Es ist zu erwarten, daß es sich während der Laufzeit des Spruches (bis September 1930) die einzelnen Verbandsgruppen angelegen sein lassen werden, noch manche der „Ansehenheiten“ des Spruches auszugleichen.

Die Automobilarbeiter Wiens erfolgreich

Im Österreichischen Metallarbeiter lesen wir: Eine der gewaltigsten und aufregendsten Kampfschaltungen ist zum größten Teil überwunden; namentlich wurde daraus ein scharfer Lohnkampf, aber einer, der nur auf die Wiener Automobilindustrie beschränkt ist. In dieser Industrie handelt es sich um Fortsetzungen, deren Berechtigung und Durchführbarkeit kaum in Zweifel gezogen werden kann. Dieser Kampf bringt die übrige Kollegenchaft natürlich das regste Interesse entgegen, besonders da sich die Dinge recht schnell abspielen. Aber es ist doch etwas ganz anderes, als was uns alle noch vor einer Woche beschäftigt hat. Damals fanden wir vor einer unmittelbaren Gefahr den ungeheuren Kampf. Die Ausperrungsanordnung für die gesamte Metallindustrie Wiens war als ausweglose Folge der Organisationsbeschlässe der Unternehmer erschienen. Wenn nun jemand gelangt hat, daß es sich um einen Kampf handelt, er möchte einsehen, daß er recht, es war sehr, sehr ernst. Als nun die Dinge der Spitze nahe kamen, als die ganze Öffentlichkeit bei dem Gedanken, daß nicht noch 40.000 Wiener Metallarbeiter ausgeperrt, sondern mindestens die vierfache Zahl von Kollegen aus dem Markt ausgeschaltet werden sollen, was weit über die Wirtschaftslage hinaus in die Zukunft hineinwirkte, machte sich der Kampf um die Wiener Industrie, eine Verwirklichung an sich. Und sie war erfolgreich. Ihr Erfolg besteht darin, daß eben die Ausperrung, die den Arbeitern schwere Opfer auferlegt hätte, nicht mehr notwendig, ja nicht einmal mehr begründbar wäre. Der weitere Erfolg besteht darin, daß man die Unternehmer, die nicht gelassen lassen wollten, daß der Arbeiter durch die Freisetzung sehr bedrängt ist, nun eine Einverständnismethode mit uns zu suchen sich bereit erklärt haben, die dem Arbeiter auch für die den Feiertagen folgenden Wochen einen gleichen Lohn sichern kann.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart
Telephon-Nummern: S.-A. 62841, 62842, 62843

Mit Sonntag dem 12. Mai ist der 20. Wochenbeitrag für die Zeit vom 12. bis 18. Mai 1929 fällig.

Häufig werden Anfragen einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung finden können. Meistens ist diesen Zuschriften ein Ausweis über die Mitgliedschaft nicht beigelegt, der unbedingt erforderlich ist, wenn auf eine Beantwortung gerechnet wird. Die Mitglieder sollten sich stets zunächst an die Ortsverwaltung wenden.
Stuttgart, Rätestraße 16. Der Vorstandsvorsitzende.

Zur Beachtung! • Suzug ist fernzuhalten:

von Carosierarbeitern aller Branchen nach Basel St.;
von Drechern und Siebfern nach Graz (Andrieger Maschinenfabrik A. G.) D.;
von Elektromonturen nach Hamburg (Schwachstrom) St.;
von Metallarbeitern aller Branchen nach Danzig (Danziger Werk und Tropfenwerk) L.
L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; b. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; W. = Wagnisregelung; Wt. = Wagnis; A. = Ausperrung.
Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.
Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzustempeln zu lassen.

Verbandsanzeigen

Bohum i. B. Geschäftsführer gesucht. Eintritt baldigst, verlangt wird rednerische Gewandtheit und Kenntnisse der Verbandsverordnungen. Besondere Wert wird auf gute Kenntnisse des Arbeitsrechts gelegt. Bedingung: 10jährige Mitgliedschaft. Bewerbungen unter Angabe der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung, Alter, Beruf und Familienverhältnisse sind bis zum 25. Mai 1929 eingereicht unter Bezeichnung an G. Löw i. B. Bohum i. B., Rottstraße 27. Wohnungsverhältnisse nicht günstig.
Verwaltung Stuttgart. Das Mitglied Walter Reith, Lagerist, geboren am 31. März 1902 in Stuttgart-Gablenberg, eingetretten am 16. Mai 1927, ist ohne Abmeldung von hier abgereist. Da wir seine Adresse in einer sehr wichtigen Angelegenheit brauchen, er suchen wir die Verwaltungsstellen, bei Bekanntwerden uns zu benachrichtigen. Sein jetziger Aufenthaltsort soll Hamburg sein.

Schriftenschau

Der neue „Müller-Jahrbuch“, Handbuch des öffentlichen Lebens. (5. Ausgabe des Politischen Almanachs.) Herausgegeben von Maximilian Müller-Jahrbuch, Leipzig. R. F. Koehler-Verlag. Ganzleinenband 28 M. — Inhaltlich schließt sich die neue Ausgabe an die früheren an, aber sie ist gewaltig ausgebaut worden. Die letzte Ausgabe umfaßte 600 Seiten, die neue 900, noch dazu eng gedruckte Seiten. Was Amerika in seinem „World Almanac“ und England in seinem „Whitaker“ hat, das besitzt Deutschland jetzt im „Müller-Jahrbuch“. Reich und Länder, Politik, Wirtschaft, Verkehr, Kirche, Presse, Bildungswesen, Gemeinwesen, Steuern und Beamteneinstellung, soziales Leben, Statistik, ein international angelegter biographischer Teil, der über rund 1500 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens berichtet, der Führerband, die Länder des Auslandes — das sind ein paar Stichworte, die eine ungefähre Vorstellung geben. Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts und der Landesarbeitsgerichte. Von dieser vielbenutzten, in allen arbeitsrechtlichen Kreisen eingeführten Sammlung ist soeben das erste Heft des V. Bandes erschienen; in bewährter Weise zuverlässig und übersichtlich bearbeitet von den bekannten Herausgebern Derich, Flatow, Gerstel, Gudd und Wipperdey. 31 Entscheidungen des RAG sind in dem Heft vollständig wiedergegeben und hinsichtlich ihrer praktischen Bedeutung kritisch gewürdigt; außerdem 6 UAG-Entscheidungen. Sehr vorteilhaft sind die ausführlichen Register. In einem Anhang enthält es 6 arbeitsrechtlich bedeutsame Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts und des Spruchsenats für die Arbeitslosenversicherung. Die Sammlung erscheint in dem bekannten jur. Verlag J. Neumann in Mannheim. Der Bezugspreis für das Heft beträgt je nach Umfang 3 bis 4 M.
200 Prüfungsaufgaben für Kraftwagenführer. Von Dipl.-Ing. Schler. Preis kart. 1,50 M. Verlag G. J. E. Goldmann Nachf., Berlin-Charlottenburg 2. In dem vorliegenden Büchlein sind für diejenigen, welche die behördlich vorgeschriebene Prüfung als Kraftfahrer machen wollen, eine größere Anzahl Fragen und Antworten zusammengestellt, deren Kenntnis hinreichend, die Prüfung zu bestehen. Fragen, Körper, Augen und Berechnungen. Heft 11 „Wanderer“, Schriften für das Jungvolk vom Bau. Das Heft wird zum Preise von 20 Pf. an Bundesmitglieder abgegeben. Deutscher Baugewerksbund, Hamburg 25, Ballstr. 1, Reichsjugendleitung.
Das Werkzeug. Fachblatt für Werkzeugmacher und Präzisionsmaschinenbau. Diese Zeitschrift gehört in den Betrieb, sie erscheint monatlich zweimal. Preis vierteljährlich 4,50 M. Verlag Mackig & Co. G. m. b. H., vorm. Karl Patatz, Berlin W 35 Süßowstraße 2.
„Der Rind“. Die neue, prächtig illustrierte Wochenzeitschrift der österreichischen sozialdemokratischen Partei. Das Heft kostet 30 österreichische Groschen (20 Pf., 1,60 holländische Kronen, 30 Rappen). Postabonnement vierteljährlich: Deutschland 2,50 M. Zu bestellen bei der Verwaltung: Wien V, Rechte Wienzeile 95/97.
Die letzte Schicht. Roman aus dem Bergmannsleben von Werner D. Preis 2,80 M. Verlag S. G. W. Dieck Nachf. G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Ein ehemaliges Bauerngütchen auf roter Erde, das nun nach allen Richtungen von Kohlenflächten durchzogen ist, eine blühende junge Frau, ein Bergmann, dem die langen Jahre der Arbeit unter Tage ihren Stempel aufgedrückt haben und mit ihm seine Kumpels, sie sind hier die Träger einer spannenden Handlung geworden. Man fühlt es, hier spricht einer, der dieses Leben kennt und der weiß, wieviel die Gesellschaft dem Bergmann für seine schwere, ständig von Gefahr für Leben und Gesundheit begleitete Arbeit eigentlich schuldet. Dieser Roman gibt ein naturwahrtes Bild von dem Leben in den Gruben, von ihren Einrichtungen, von den Menschen, die hier ihr schweres Schicksal tragen. Die tragische Gestalt des Peter Kaczmarek, sein Kumpelsleben und sein erschütterndes Ende wird das Interesse des Lesers fesseln in den Baum ziehen. Es lohnt sich, das Buch zu lesen.

Mehr Tatkraft gegen den Krieg

Der Abrüstungshumbug in Genf

Der guten Stadt Calvins ist der Völkerbund besichert worden. Wie sich immer mehr herausstellt, ist ihr damit ein Geschenk von zweifelhafter Güte gemacht worden. Denn seit bald zehn Jahren wird dort ein Humbug aufgeführt, wie die Welt noch keinen gesehen hat. So wird jahraus, jahrein in Genf ein Eiertanz um das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag aufgeführt, der die Lachmuskeln zu zerreißen droht oder Kotzen verursacht. Und mit der Abrüstung geht es nicht anders. Dieser beispiellose Humbug kann der guten Stadt bald einen Beinamen recht übler Art eintragen.

Jüngst war in Genf die vorbereitende Abrüstungskommission beisammen und hat viele Tage über die Abrüstung geredet. Das Ergebnis ist ein Haufen bedrucktes Papier. Von den Leuten, die da zusammenkamen, um den Rüstungswahn zu dämpfen, war freilich auch nichts Besseres zu erwarten. Das hat wohl auch der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes vorausgesehen. Denn er richtete im März das weiter unten folgende Schreiben an den Völkerbund, worin die ernstliche Fortsetzung der Arbeiten der Abrüstungskommission zu einer internationalen Abrüstungskonferenz gefordert wurde, die wirkliche Abrüstungsmaßnahmen zu beschließen habe. Dem IGB hat sich die Sozialistische Internationale angeschlossen, indem sie eine Abordnung zu dem Vorsitzenden der Abrüstungskommission sandte, um den Forderungen der sozialistischen Arbeiterschaft Nachdruck zu verleihen. Außerdem waren zu dem gleichen Zweck Schreiben von den sozialistischen und gewerkschaftlichen Landeszentralen an den Völkerbund gerichtet worden.

Alles dies hat jedoch, wie das Ergebnis der Verhandlung der Abrüstungskommission zeigt, keinerlei Wirkung gehabt. Obgleich der Pakt von Locarno und der von Kellogg unterzeichnet sind, wird weiter gerüstet, weiter auf den Krieg hingesteuert. Die Regierungen erbringen so erneut den Beweis, daß sie weder willens noch imstande sind, ihre heiligen Versprechen vom „letzten Kriege“ zu erfüllen. Sie alle rüsten nicht nur nicht ab, sondern rüsten unverdrossen weiter. Eines bösen Tages wird der Massenmord wieder beginnen.

Dieser furchtbaren Möglichkeit muß unbedingt vorgebeugt werden. Das kann nur von der Arbeiterschaft, der in jedem Kriege besiegt, geschehen. Mit dem, was nun zu tun ist, beschäftigt sich der französische Gewerkschaftsführer Jouhaux im pariser Peuple. Er schreibt dort:

„Die Arbeiterschaft darf nicht alle (Nein, gar keine!) Hoffnung auf Genf setzen, sondern sie muß dafür sorgen, daß die von den Regierungen übernommene Verpflichtung, „nicht mehr die Zuflucht zum Krieg zu nehmen“, in die Tat umgesetzt wird. Ohne unsere Macht zu überschätzen, dürfen wir die in uns ruhenden Handlungsmöglichkeiten, die durch Zusammengehen erhöht werden können, nicht vergessen. Kann nicht vielleicht parallel mit der Aktion in Genf, die fortgesetzt werden und nicht zu politischen Zielen, sondern zu einer wahren Befriedung führen soll, unter den Arbeitern durch eine allgemeine Verbindlichkeit gegen kriegerische Verwicklungen gewirkt werden? Weshalb könnte nicht versucht werden, den Pakten, die den Krieg außerhalb des Gesetzes stellen, eine praktische Wirkung zu geben? Denn als wir aus der vorbereitenden Abrüstungskommission austraten, erklärten wir, daß nun das Wort an den Völkerbund sei. Ohne zu zögern müssen wir deshalb entsprechende Verpflichtungen auf uns nehmen.“

Die Vorschläge Jouhaux', von dem Abrüstungsgerede nun endlich zur Tat überzugehen, sind, wie man annehmen kann, zunächst für die französische Arbeiterschaft gemacht. Es ist sehr zu wünschen, daß diese den Vorschlägen entsprechend handelt, damit durch handgreifliche Beweise dargestellt werden kann, daß Frankreich nicht mehr die stärkste Filiale der Blutigen Internationale genannt werden kann. Nicht nur mit der Wohlthätigkeit, auch mit der Abrüstung muß daheim begonnen werden. Von dieser Wahrheit scheint unser Genosse Jouhaux beseelt gewesen zu sein, als er den oben zitierten Aufsatz im Peuple schrieb. Diese Wahrheit ist natürlich auch in Deutschland zu beherzigen, in dem seit 1864 alle Kriege in Westeuropa angezettelt wurden, und immer unter dem Vorwand, der böse Nachbar müsse abgewehrt werden oder die Feinde zwingen dazu, den Säbel aus der Scheide zu ziehen.

Wie unverschämte dreist dem guten, dummen Publikum in Deutschland die Geschichte von den bösen Nachbarn vorgebracht wurde, ist in den Zeitungen aus den Kriegstagen von 1864, 1866, 1870 und 1914 nachzulesen. Aber es will einem bedünken, daß solche Geschichtchen auch heute noch eine zahlreiche Gläubigerschaft fänden. Solange das der Fall ist, ist in Deutschland ebenso leicht wie anderswo mit der Wiederholung der großen Blutkur zu rechnen.

Die herrschende Kaste Deutschlands ist ebenso rüstungswillig wie die anderer Länder. Man sehe sich nur die vielen Hunderte von Millionen an, die für die Vorbereitung des Massenmordes in dem „verarmten Deutschland“ gewissenlos verpulvert werden. Will die deutsche Arbeiterklasse nicht wieder wie in den Augusttagen von 1914 auf die Schlachttank getrieben werden, dann muß sie zunächst sich vornehmen, daß sie nicht abermals den Biedermännern zum Opfer fällt, die mit den Geschichtchen von den bösen Nachbarn ausüben gehen. Schließlich und vor allem muß viel mehr durch die Tat für die Abrüstung gewirkt werden, wie Jouhaux ganz richtig vorschlägt. Und zwar hat damit jede Arbeiterschaft im eigenen Lande zu beginnen. Dem muß die Verbindung der Bewegung mit der anderen Länder unbedingt folgen. Diese Verbindung ist Sache der Leitung der Arbeiterorganisationen, des Internationalen Gewerkschaftsbundes sein müssen. Daß er es zu tun gewillt ist, läßt sein oben erwähntes Schreiben an den Völkerbund annehmen. Das windige Ergebnis der Abrüstungskommission zwingt zu allumfassenden Maßnahmen. Wir müssen daher erwarten, daß von Amsterdam die Aktionsmöglichkeiten der Arbeiterschaft gegen den

Rüstungswahn und den Massenmord nun nachdrücklichst und planmäßig genutzt werden. Dieser Erwartung sei so ernst und so entschieden wie nur möglich Ausdruck gegeben.

Der Internationale Gewerkschaftsbund und die Abrüstungsfrage

Auf der letzten Sitzung beschloß der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB), an den Sekretär des Völkerbundes im Zusammenhang mit der Abrüstungsfrage nachstehendes Schreiben zu richten:

„Der IGB erwartet im Namen seiner 14 Millionen Mitglieder von der vorbereitenden Abrüstungskommission, daß sie ihre Arbeit energisch fortsetzt, damit in kürzester Zeit — das heißt einem Beschluß der letzten Völkerbundsversammlung zufolge im Laufe des Jahres 1929 — die Internationale Abrüstungskonferenz einberufen werden kann.“

Der IGB erklärt, daß, wenn die feierlich übernommenen Verpflichtungen nicht verkannt werden sollen, das Werk der Abrüstung, das vom Friedensvertrag und vom Völkerbundsakt als unbedingte Voraussetzung eines sicheren und dauerhaften Friedens bezeichnet wird, nicht mehr weiter hinausgeschoben werden kann.

Die vorbereitenden Arbeiten der Kommission haben die Lösung der technischen Probleme der Abrüstung ermöglicht, ferner haben die Pakte von Locarno und Paris weitere Voraussetzungen der Sicherheit gebracht, die es gestatten, die „Rüstungen in den verschiedenen Ländern auf das mit der Sicherheit des Landes verträgliche Minimum“ herabzusetzen.

Der IGB verlangt, daß den Friedenswünschen der Arbeiter der ganzen Welt Gehör geschenkt wird und der Friede, dessen Sicherung die wichtigste Aufgabe des Völkerbundes ist, endlich durch Abrüstung und Schiedsgericht organisiert wird.“

Gute Kunde aus der Schweiz

P. B. Für die Beurteilung der Tätigkeit und Werbekraft eines Verbandes sind in erster Linie maßgebend die geführten Bewegungen, die Finanzgebarung und die Mitgliederbewegung. Alle diese Faktoren dürfen in unserm Verband und darüber hinaus füglich unter Kritik genommen werden. Für heute wollen wir uns begnügen, eine Übersicht über die Mitgliederbewegung und Mitgliederzusammensetzung des Jahres 1928 zu geben.

Das Jahr 1928 setzte seinen guten Wirtschaftsgang fort. Die Arbeitslosigkeit ging in der Metall- und Maschinenindustrie sehr stark zurück. Nur in der Uhrenindustrie arbeiteten gewisse Parteien kurz. Die bessere Wirtschaftslage begünstigte die gewerkschaftliche Werbearbeit ganz wesentlich, vermochte die Arbeiterschaft doch an vielen Orten erfolgreiche Lohnbewegungen durchzuführen und so den Nutzen der Organisation bei den Unorganisierten sinnfällig darzutun.

Um die Mitgliederzahl und Mitgliedererwerb festzustellen, benutzen wir zwei Methoden. Einmal wird die Gesamtzahl der verkauften Marken geteilt durch 48 Wochen. Das ergibt die Durchschnittsmittgliederzahl des Jahres. Sodann führen die Ortsgruppen eine fortlaufende Buchung der Zunahmen und Abgänge das Jahr hindurch und stellen dann auf den Stichtag, den 31. Dezember, die Mitgliederzahl fest. Rechnen wir die Mitgliederzahl für das Jahr 1928 nach den verkauften Marken aus, so ergibt sich ein Durchschnitt von 46 378 Mitgliedern gegen 42 455 im Jahre 1927. Nehmen wir den Durchschnitt des vierten Vierteljahrs 1928, so ergibt sich eine Mitgliederzahl von 56 575 gegen 50 099 im Jahre 1927. In beiden Fällen ergibt sich eine Vermehrung von etwa 6000 Mitgliedern.

Betrachten wir die Statistik der Zu- und Abnahme der Mitglieder, so ergibt sich folgendes Bild: Zu Anfang des Jahres 1928 musterten die Ortsgruppen 44 499 Mitglieder. Dazu kamen Aufnahmen 11 483, Zureisende 2140 = 13 623.

Demgegenüber stellt sich der Abgang wie folgt:

Ausgetreten	1210
Gestorben	296
Abgereist	4796
Ausgeschlossen	76
Gestrichen	1580
Zusammen	7958

Der Zunahme von 13 623 steht also eine Abnahme von 7958 Mitgliedern gegenüber. Der Wechsel ist immer noch sehr groß, obschon er gegen frühere Jahre zurückgegangen ist. Ganz besonders fällt immer noch auf, daß sich viele Mitglieder gelegentlich ihrer Abreise vom Verband drücken. Das geht aus den entsprechenden Posten obiger Zusammenstellung hervor. Während die Ortsgruppen 4796 Abreisen buchten, sind nur 2140 Zureisende festgestellt worden. Es haben sich also von den abreisenden Mitgliedern nur etwa die Hälfte wieder bei einer Gruppe angemeldet. Ins Ausland sind nur wenige Mitglieder abgereist.

Anfangs des Jahres 1929 machten wir eine Erhebung über das Alter, in dem unsere Verbandsmitglieder stehen. Wie zu erwarten war, zeigte sich, daß die meisten Mitglieder, nämlich 62,4 vH im Alter von 20 bis 40 Jahren stehen. Aber auch die Zahl der älteren und ganz alten Mitglieder ist erheblich. Die Zahl der Krankenkassenmitglieder betrug bei dieser Zählung 22 628. Die Zahl der weiblichen Mitglieder im Verband beläuft sich auf 6355 gegenüber 5626 im Jahre 1927. Sonach hat uns die Werbearbeit schöne Fortschritte gebracht, und sie dürfte auch im laufenden Jahre beachtenswerte Ergebnisse zeitigen. Dies schon deshalb, weil wichtige Bewegungen im Gange sind.

Bettelartige Altersunterstützung in der Tschechoslowakei

Am 21. März 1929 wurde in der tschechischen Nationalversammlung ein Gesetz beschlossen, das sich mit der Unterstützung der sogenannten Überalterten, das heißt jener Personen befaßt, die nicht mehr in die Sozialversicherung aufgenommen wurden. Dieses Gesetz geht davon aus, daß alle Staatsangehörigen, die weder nach dem Gesetz vom 9. Oktober 1924 (Versicherung gegen Invalidität und des Alters), noch nach dem Gesetz vom 10. Juni 1925 (Versicherung der selbständig wirtschaftenden Personen) versicherungspflichtig sind, weil sie bei Beginn der beiden Gesetze das 60. Lebensjahr bereits überschritten und keinen wie immer gearteten, auf einem Rechtstitel in Geld oder Naturalleistung beruhenden Anspruch auf Versorgung haben, eine Unterstützung vom Staate erhalten. Ausgeschlossen hiervon sollen nur jene Personen sein, die der Trunksucht erliegen sind, Landstreicher und Arbeitsscheue oder solche Personen, denen durch ein gerichtliches Urteil die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt wurden. Diese Unterstützung soll auch Ausländern zukommen, die im Gebiete der tschechoslowakischen Republik wohnen, wenn ihr Heimatstaat eine ähnliche Einrichtung besitzt und die Angehörigen der tschechoslowakischen Republik wie seine eigenen Staatsangehörigen behandelt. Gegen diese vorstehenden Bestimmungen wäre nichts einzuwenden, wenn nicht die Gefahr bestände, daß eine gegen die Arbeiterschaft eingestellte Bürokratie die Auslegung des Gesetzes anwenden wird, wo sie zu entscheiden hat. Auf keinen Fall entspricht aber das Gesetz in Sachen der Unterstützungssumme den Mindestforderungen und es muß die Unterstützung als eine Verhöhnung der Überalterten aufgefaßt werden.

Nach § 3 des beschriebenen Gesetzes beträgt die staatliche Unterstützung jährlich 500 Kronen für eine Person. Wird die Unterstützung zwei im gemeinsamen Haushalt lebenden Geschwistern gewährt, so verringert sich die Unterstützung für jede Person auf 300 Kronen. Nur dann, wenn beide Geschwister dauernd derart hilflos sind, daß sie ständig der Hilfe, Pflege und Wartung einer anderen Person bedürfen, beträgt die Unterstützung 500 Kronen im Jahr für jede Person. Umgerechnet auf den Tag ergibt dies eine Unterstützung von sage und schreibe 1,37 Kronen für eine Person. Werden zwei Personen in einem Haushalt unterstützt, so beträgt die Unterstützung des Staates für jede Person nur 82 Heller oder für beide zusammen 1,64 Kronen den Tag.

In Reichsmark umgerechnet würde dies im ersten Falle jährlich 62,50 Mk. oder 17,1 Pf. täglich, bei zwei Personen zusammen 75 Mk. oder 20,5 Pf. täglich betragen. Um diese horrenden Unterstützung auch entsprechend würdigen zu können, ist es wohl notwendig, als Maßstab die Preise der Lebensmittel zum Vergleich heranzuziehen. Wir wollen nur Milch und Zucker anführen. Ein Liter Milch kostet 2,20 Kronen oder 27,5 Pf. Ein Kilo Zucker kostet 6,20 Kronen oder 77,5 Pf. Das heißt also, daß der Staat an Altersunterstützung im Tag nicht einmal den Betrag für dreiviertel Liter Milch gibt. Daran ändert auch der Umstand nichts, daß das Gesetz die Gemeinden zwingt, zu diesen Renten Zuschüsse zu gewähren. Das Gesetz bestimmt im § 4, daß die Gemeinden bis zu 2000 Einwohner einen Zuschuß von 10 vH, Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohner, jedoch weniger als 50 000 einen solchen von 15 vH und Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohner einen Zuschuß von 20 vH der staatlichen Rente geben müssen. Rechnet man nun diese zwangsweisen Zuschüsse der Gemeinden ein, so ergibt sich bei den kleinen Gemeinden eine Altersunterstützung von jährlich 550 oder 1,50 Kronen den Tag oder 18,8 Pf. Bei jenen Gemeinden mit mehr als 2000, jedoch weniger als 50 000 Einwohner ein Betrag von jährlich 575 oder 1,57 Kronen oder 19,7 Pf. Bei Gemeinden von über 50 000 Einwohner beträgt die Unterstützung 600 Kronen das Jahr oder 1,64 Kronen den Tag = 23 Pf. Ein größerer Bettel war nicht möglich, und das Gesetz zeigt die Stellung des Staates zum Arbeiter.

Die Bewilligung dieser Altersunterstützung erfolgt durch die Bezirksbehörde über Antrag der Gemeinde, bei welcher der Unterstützungsbedürftige sein Gesuch einbringen muß, wenn er das 65. Jahr vollendet hat. Das Gesetz bestimmt ferner, daß bei Streitigkeiten über die Zuerkennung, ferner über die Rückzahlung von zu Unrecht bezogener Unterstützung über Antrag des Staates die nach dem Wohnort des Geschwistlers zuständige Bezirksbehörde endgültig entscheidet. Die Bezirksbehörde ist eine Verwaltungsbehörde, die der Gemeinde übergeordnet ist.

Mit diesem Gesetz hat die Regierung der tschechoslowakischen Republik wohl ihr Versprechen, das sie bei der Beschlußfassung über das Gesetz für die Versicherung der Arbeiter für den Fall der Invalidität und des Alters gemacht hat, eingelöst. Aber auch nur eingelöst; denn leben läßt sich mit diesem Bettel, der die Bezeichnung Rente trägt, nicht.

Wie oft hört man sagen: „Ehret das Alter!“ Das soll wohl nur für den gelten, der etwas besitzt. Besitzt er nichts, dann kann er betteln gehen.

A. Müller.

Sterbeversicherung in Frankreich

Im vorzeitigen, das heißt vor dem Eintritt ins Alter der Pensionsberechtigung (60 Jahre) eintretenden Sterbefall sehen die nun in Frankreich zur Durchführung gelangenden Sozialgesetze die Auszahlung einer Unterstützung von 20 vH des durchschnittlichen Jahreslohnes an die Hinterbliebenen vor. Diese Unterstützung darf nicht weniger als 1000 Franken betragen, aber auch nicht mehr als zwei Drittel des durchschnittlichen Jahresverdienstes. Das Recht auf diese Unterstützung ist davon abhängig, daß der Versicherte seit der Inkraftsetzung des Gesetzes mindestens einen Jahresbeitrag bezahlt hat. Die Unterstützung geht an die hinterbliebene Gemahlin (oder an den Gemahl) oder, falls diese nicht vorhanden sind, an die direkten Nachkommen oder die Blutsverwandten, die am Tage des Todes im Haushalt des Versicherten lebten. Witwen, die mindestens drei Kinder haben, die weniger als 13 Jahre alt sind, haben Anrecht auf eine zeitweilige Unterstützung für die Kinder (mit Ausnahme der zwei ersten). Waisen unter 13 Jahren haben Recht auf eine zeitweilige Waisenpension. Bei Kindern mit einem geschriebenen Lehrvertrag, die in öffentlichen oder privaten Schulen Studien verfolgen, an einer unheilbaren Krankheit leiden oder invalide sind, kann das Alter, während dem die zeitweilige Unterstützung ausbezahlt wird, bis auf 16 Jahre erhöht werden. Die zeitweiligen Waisenpensionen dürfen nicht niedriger als 90 Franken je Jahr und Kind sein.

Die „Einheitsfrontler“ in England

Der Gewerkschaftskongreß von Swansea hat den Vorstand des Britischen Gewerkschaftsbundes beauftragt, eine Erhebung über die Umtriebe der Kommunisten in den freien Gewerkschaften durchzuführen. Unterdessen ist ein Fragebogen ausgesandt worden, und es sind bereits zahlreiche Antworten eingegangen. Besonders belangvoll sind die Auskünfte des Verbandes der Maschinenbauer, der über zwei typische Fälle der Einmischung der Kommunisten in die Gewerkschaftsarbeit zu berichten weiß. Zunächst einmal hat die Minderheitsbewegung (Kommunisten) an die Mitglieder des Verbandes ein Flugblatt gerichtet, in dem sie aufgefordert wurden, bei einer von dem Verbandsorgane vorgeschlagenen Urabstimmung gegen die den Mitgliedern unterbreitete Frage zu stimmen. Der zweite Fall bestand darin, daß während der Wahl der Verbandsfunktionäre im Jahre 1928 die Kommunistische Partei und die gewerkschaftliche Minderheitsbewegung maschinengeschriebene Briefe an die Ortsgruppen richteten, um entgegen den Anweisungen des Verbandes, der es allen Kandidaten verbot, sich schriftlich an die Ortsgruppen zu wenden, die Wahl zu beeinflussen. Die Wirkung des Rundschreibens der Minderheitsbewegung war derart, daß sich der Vorstand des Maschinenbauer-Verbandes veranlaßt sah, eine Bekanntmachung herauszugeben, in der der auf die Gründung einer Gegenorganisation gerichtete Versuch der Kommunistischen Partei und der Minderheitsbewegung angeprangert wurde. Was die Wirkung solcher Umtriebe betrifft, so stellt der Verband fest, daß dadurch die Aufrechterhaltung der jetzigen Mitgliederzahl sowie die Gewinnung neuer Mitglieder erheblich erschwert wird.

Das Internationale Arbeitsamt und der Sport

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts hat eine Reihe von Fachleuten auf dem Gebiete der Körperkultur und des Sportes zusammengerufen und sie um ihre Stellungnahme über die Frage der Freizeitgestaltung gebeten. Die Zusammenkunft trug ausschließlich beratenden Charakter. Das Internationale Arbeitsamt hat wichtige Gründe, sein Augenmerk auch auf die Körperkultur und den Sport zu richten. Diese Pflicht erwächst ihm insbesondere in bezug auf die Durchführung des internationalen Vorschlages über die Verwendung der Freizeit der Arbeiter, der von der Internationalen Arbeitskonferenz im Jahre 1924 angenommen wurde. Insbesondere kann das Internationale Arbeitsamt alle geeigneten Unterlagen sammeln und weiterleiten.

Die Aussprache der Sachverständigen erstreckte sich auf die in den verschiedenen Ländern und von den verschiedenen Organisationen gemachten Erfahrungen über den Wert der Sportbewegung und der Körperkultur und deren Verbreitung in den arbeitenden Kreisen, über die ärztliche Kontrolle der körperlichen Ertüchtigung und die Rolle des Internationalen Arbeitsamts im Zusammenhang mit diesen Fragen.



Endlich die Richtige!
Das ist eine Zigarette, bei der
man bleibt, die wert ist, 5 Pf
dafür anzulegen

SERVUS 5 Pf

AUSLESE 5 Pf

„Servus“ und „Auslese“ sind Weiterentwicklungen der berühmten Marke „Schwarz-Weiß“ und von so wundervollem Wohlgeschmack, daß man nur sagen kann: Die richtige Zigarette für den Sonntag!

GREILLING

MUSIK BRINGT FREUDE INS HEIM

ZITRUSHARPICAS	1,50
GEIGEN	2,00
MANDOLINEN	1,50
GITARREN	1,50
GITARRZITHERN	1,50
CLARINETTEN	1,50
GROSSE FLOTEN	1,50
TROMMELN	1,50
SIGNALHÖRNER	1,50
TROMPETEN	1,50
SPECHAPPARATE COMPL.	1,50
PLATTEN	1,50

Jeder Instrument-Bläser Probe
Umtausch bei Nichtgefallen.
GÜNSTIGE RATENZAHLUNGEN!

Versand ab Fabrik
direkt an private
MEINEL & HEROLD
Klingenthal No 270

Größte Produktion der Welt!

OPHEL

Billige Hauswäsche

Nicht 25. Stück wert, fast für 10.000 Doll. Wert.
100 cm breit 50 x 100 cm nur 39 Pf. 1/2 Bettlaken
70 cm breit 50 x 70 cm 26 Pf. 1/2 Bettlaken
120 cm breit 50 x 120 cm 49 Pf. 1/2 Bettlaken
140 cm breit 50 x 140 cm 54 Pf. 1/2 Bettlaken
160 cm breit 50 x 160 cm 66 Pf. 1/2 Bettlaken

Jahr Technikum

zur Vorbereitung zum Techniker, Ingenieur und Werkmeister neben dem Beruf sind die Selbstunterrichtsbücher des Systems Karsack.

Brieflicher Fernunterricht mit Abschlußprüfung vor einer Kommission. Ferner Nachholung versamter Schulprüfungen (Oberschulreife, Abitur) und Anfertigung kaufmänn., fremdsprachl. und musikal. Kenntnisse durch die Selbstunterrichtsbücher der Methode Rustin-Bequeme-Münsterhagen. Prospekt kostenlos. Lehrproben zur Ansicht. Beständiges Lehrinstitut, Potsdam Ta. 124

Großer Ausnahme-Verkauf

zu enorm herabgesetzten Preisen. Verlangen Sie sofort Katalog

68a Schützengasse
Schützengasse 68a
Schützengasse 68a

37 M bar. Freilauf, 8 Jahre Garantie, elektrische Lampe, 66 M. Inzahlung, 10 M. auf. Rahmen 18.-, Griffe 0.20. Frachtkatalog umsonst. Schlawe Berlin 501 Weinmeisterstr. 4

BETTEN Stahl- u. Holz- u. Eisenbetten, Polster-, Schlaf-, Kranken-, Kinder- u. Privatschlaf-, Klapp-, Katalog 25 frei. **EISENMÖBELFABRIK SUHL** (Hb.)

MUSIK-Instrumente aller Art billiger direkt an Private. Katalog, gratis. Auch Telex. Carl Meinel, Klingenthal 12 bei Klingenthal (Sax.)

Schallplatten 6 Stück Vollplatten 1,50 Mk. 6 Stück Halbplatten 1,00 Mk. **Arnold** (Hb.)

Erfindung Praktische Dörre verleiht gratis. **Erfindung** Praktische Dörre verleiht gratis. **Erfindung** Praktische Dörre verleiht gratis.

10000 Bettfedern bester Qualität. **10000 Bettfedern** bester Qualität. **10000 Bettfedern** bester Qualität.

Was ist Togat? Togat-Tabletten sind ein hervorragendes Mittel bei **Kopfschmerz, Erkältungskrankheiten!** **Togat-Tabletten** sind ein hervorragendes Mittel bei **Kopfschmerz, Erkältungskrankheiten!**

Billige böhmische Bettfedern - Nur reine gefüllte Sorten. **Billige böhmische Bettfedern** - Nur reine gefüllte Sorten.

Elektromotoren durch Fernunterricht Prospekt 8 frei. **Elektromotoren durch Fernunterricht** Prospekt 8 frei.

Geschichte des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Preis für Verbandsmitglieder in Leinen gebunden 6,50 Mk. **Geschichte des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes** Preis für Verbandsmitglieder in Leinen gebunden 6,50 Mk.

Blasen- und Nierenleiden **Blasen- und Nierenleiden** **Blasen- und Nierenleiden**

Hämorrhoiden **Hämorrhoiden** **Hämorrhoiden**

Wurmkrankheiten **Wurmkrankheiten** **Wurmkrankheiten**

Alleiniger Hersteller: **Herbaria-Kräuterparadies, Philippsburg BHW 304, Baden**